Nr. 9. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Stellenangebote das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 10. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Neue Erfolge an Sereth und Putna.

Russenangriffe an der Düna-Front — Russische Stellungen im Casinu- und Susita-Tal erstürmt — Vordringen bis an den Putna-Abschnitt — Beiderseits Fundeni Erfolge — Garleaska gestürmt.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei guter Fernsicht war die beiderseitige Feuertätigkeit an vielen Stellen lebhaft.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Klare Sicht begünstigte die Kampftätigkeit der Artillerie an verschiedenen Stellen.

Erneute feindliche Angriffe beiderseits der Aa wurden restlos abgewiesen.

Nächtliche Vorstöße russischer Jagdkommandos zwischen Friedrichstadt und Chaussee Mitau—Olai blieben erfolglos.

Bei dichtem Schneegestöber gelang es dem Russen, die ihm am 4. 1. entrissene kleine Insel Glaudan (nördl. Illuxt) zurückzugewinnen. Sein weiteres Vordringen gegen das westliche Düna-Ufer wurde verhindert.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Hartnäckig verteidigt der Feind die aus dem Bereczker-Gebirge in die Moldau-Ebene führenden Täler. Trotz ungünstiger Witterung und schwierigsten Geländeverhältnissen in dem zerklüfteten Waldgebirge drängen unsere Truppen ihren Gegner täglich Schritt für Schritt zurück. Auch gestern wurden beiderseits des Casinu- und Susita-Tale verdrahtete stark ausgebaute Stellungen im Sturm genommen und trotz verzweifelter Gegenstöße gehalten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In Ausnutzung ihres Sieges drangen die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen weiter nach Norden vor und erreichten feindliche Nachhuten werfend den Putna-Abschnitt, dessen jenseitiges Ufer der Feind in einer neuen Stellung hält.

Beiderseits Fundeni ist der Russe in die Linie Crangeni—Naneşti geworfen. Garleaska wurde gestürmt und gegen nächtliche Angriffe gehalten.

Die gestern gemeldete Beute hat sich auf 99 Offiziere, 5400 Mann, 3 Geschütze und 10 Maschinengewehre erhöht.

Mazedonische Front.

Nichts Wesentliches.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 9. Januar 1917, abends.

Im Westen geringe Gefechtstätigkeit.

Bei Riga und Jakobstadt blieben russische Angriffe erfolglos.

* * *

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Januar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Raume südöstlich von Focsani wurde der Gegner bis an die Mündung des Rimnic-Sarat-Flusses zurückgeworfen. Die österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte, denen der Feind in der Schlacht von Focsani unterlegen ist, gewannen, ihren Sieg ausnutzend, die Putna, auf deren linkem Ufer sich die Russen erneut zu stellen scheinen. Diese haben in den zwei letzten Kampftagen 99 Offiziere und 5400 Mann an Gefangenen eingebüßt und drei Geschütze und zehn Maschinengewehre verloren.

Am Südflügel der Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph erkämpften die Truppen des Feldmarschalleutnants von Ruiz bei Fresei und Campurile in schwierigem Gelände und in Schnee und Frost weitere Vorteile.

Sonst an der Ostfront bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Englands neue Anleihe.

Von Heinrich Cunow.

Seit Wochen diskutiert schon die englische Finanzpresse allerlei angeblich im englischen Schatzamt ausgeheckte Anleihepläne. Jetzt lichtet sich das Dunkel, das bisher über diesen Plänen lag. Die „Times" kündigt an, daß zum 11. Januar eine neue Kriegsanleihe aufgelegt wird, und zwar nicht, wie von einigen Blättern angenommen wurde, eine limitierte Anleihe von 1200 bis 1500 Millionen Pfd. Sterling (24 bis 30 Milliarden Mark), sondern eine in ihrem Betrage unbegrenzte Anleihe, die augenscheinlich dem Zweck dienen soll, die enorm angeschwollene schwebende Schuld Englands in eine fundierte Schuld umzuwandeln, denn den Besitzern von Stücken der letzten Kriegsanleihe, von Schatzobligationen und Schatzwechseln soll im weitesten Maße der Umtausch gegen die neuen Anleihewerte gestattet werden. —

Lange hat die englische Regierung vor der Aufnahme einer dritten Kriegsanleihe zurückgescheut und sich die nötigen Kriegsmittel durch die Ausgabe aller möglichen Arten von Schatzscheinen und Schatzwechseln, durch Anleihen in Nordamerika und durch die Inanspruchnahme von Bankvorschüssen zu verschaffen gesucht. Schließlich ging diese eigenartige Pumpwirtschaft aber doch nicht weiter. Nicht nur, daß das amerikanische Bundesschatzamt trotz seiner Anglomanie die amerikanischen Banken warnte, weiterhin beträchtliche Summen in ausländischen kurzfristigen Werten anzulegen — eine Warnung, die sich in erster Linie gegen England kehrte — es wurden auch in letzter Zeit in England selbst so wenig neue Schatzwechsel gekauft, daß der dafür eingehende Betrag zur Deckung der in Masse fällig werdenden älteren Schatzwechsel nicht mehr ausreichte und das englische Schatzamt sich gegen Jahresschluß genötigt sah, die erforderlichen Mittel durch die Aufnahme eines neuen kurzfristigen Vorschusses von ungefähr 300 Millionen Mark bei der Bank von England zu beschaffen. Zudem aber könnte, falls der Krieg nicht mit der Zahlung einer großen Kriegsentschädigung der Mittelmächte an England endet, sich diese enorme Belastung des englischen Geldmarktes mit riesigen Massen ungedeckter, in kurzem ablaufender Schatzwerte als eine schwere Belastung der englischen Finanzkraft erweisen. —

Begreiflich ist freilich, daß die englische Regierung wenn irgend möglich um eine neue Kriegsanleihe herumzukommen suchte, denn die beiden ersten Anleihen waren ein Mißerfolg. In echt englischer Selbstüberhebung glaubte die englische Regierung bei der ersten Anleihe im November 1914 — Leiter des englischen Schatzamts war damals Lloyd George, der jetzige Kriegsdiktator — genügend Geld zu 3½ Proz. Zinsen erhalten zu können, wenn sie den Einsatzkurs auf 95 Proz. (bei Tilgung innerhalb 14 Jahren zum Parwerte) festsetzte. Und nach Schluß der Zeichnungen wußte denn auch die englische Presse stolz zu verkünden, die gewünschten 7 Milliarden Mark (350 Mill. Pfd. Sterling) wären fast dreimal überzeichnet worden; wiederum hätte sich Englands Finanzkraft und Gemeinsinn glänzend bewährt usw.

Ein unverschämter Bluff. Wie sich später aus dem Finanzbericht des englischen Schatzamts ergab, waren trotz aller Riesenreklame nur für 62,7 Millionen Pfund Sterling tatsächlich in den Besitz der Bevölkerung übergegangen; 137,5 Millionen Pfund mußten bei der folgenden zweiten Kriegsanleihe heraufkonvertiert werden und für 148 Millionen Pfund dieser Anleihewerte blieben zunächst als unabsetzbar bei den Banken liegen, bis das Schatzamt sich notgedrungen entschloß, den Banken die Last im Umtausch gegen Schatzwechsel abzunehmen. Trotzdem wurde — auch ein Beitrag zur vielgerühmten englischen Finanzsolidität — noch bis zur Mitte des Jahres 1916 in den Kurslisten der Londoner Börse der Gesamtumlauf dieser Werte auf 214 Millionen Pfd. Sterl. angegeben.

Nicht viel besser verlief die zweite englische Kriegsanleihe unter Mc Kenans Aegide im Juni 1915, für die ein Zinssatz von 4½ Proz. gewährt wurde. Die Ausgabe erfolgte zum Parikus, doch wurden gewisse Zinsvergütungen gewährt, die diesen in Wirklichkeit auf 98¾ Proz. herabsetzten. Abgesetzt sollen nach Angabe des Schatzamtes von dieser Anleihe ungefähr 900 Millionen Pfd. Sterl. sein, wovon aber ungefähr die Hälfte auf den Umtausch älterer 2½prozentiger Konsols und der eben erwähnten 3½prozentigen Werte aus erster Kriegsanleihe entfällt. Um diese Summe zu erreichen, mußte jedoch das englische Schatzamt nicht nur den Zeichnern schöne Konvertierungsvorteile für ihre alten Papiere versprechen, sondern ihnen auch zusichern, daß sie, falls bei späteren Anleihen ein höherer Zinsgenuß gewährt würde, daran ebenfalls teilnehmen sollten. Allem Anschein nach hat bis Mitte des Jahres 1915 die englische Regierung noch geglaubt, England könne niemals in die Lage kommen, mehr als 4½ Proz. Zinsen für seine Anleihen bieten zu müssen.

Das entscheidende Ultimatum an Griechenland.

London, 9. Januar. Reutermeldung. „Times" will wissen, daß nach der von der griechischen Regierung eingenommenen Haltung und nach ihren Erklärungen an die Alliierten von den Ministern der Alliierten in Rom eine neue Note verfaßt und nach Athen geschickt wurde. Die genauen Bedingungen sind noch nicht bekannt. Man glaubt aber, daß darin die unverzügliche Durchführung aller früher formulierten Forderungen und die Bekanntgabe der Annahme der genannten Bedingungen durch die griechische Regierung binnen 48 Stunden verlangt wird.

*

Amsterdam, 9. Januar. Wie dem „Handelsblad" aus London gemeldet wird, erblickt man in König Konstantins Antwort auf die englische Note daselbst nur ein neues Mittel zur Aufschiebung der Forderungen der Alliierten. Man ist im allgemeinen der Meinung, daß die Zeit für Unterhandlungen nun vorüber sei und daß nunmehr energisch eingegriffen werden müsse.

Die „Daily Chronicle" dringt auf ein sofortiges kräftiges Vorgehen in Athen und sagt, daß nichts unterlassen werden dürfe, um der Möglichkeit zuvorzukommen, daß König Konstantin den Feinden die Hand reiche.

*

Die Einheitsaktion der Entente.

Aus Amsterdam wird der „Köln. Ztg." gemeldet: König Konstantin wird von nun an nach englischen Presseäußerungen sämtliche Verbandsmächte bei der Seesperre gegen sich haben.

Also auch Italien wird sich, wenn die Nachricht zutrifft, an der Blockade aktiv beteiligen.

*

Bern, 8. Januar. Wie der Athener Mitarbeiter von „Corriere della Sera" meldet, werden seit 40 Tagen infolge der Blockade in Athen keine Zeitungen und keine Post verteilt. Nur die amtlichen Heeresberichte der Kriegführenden, darunter die Berliner Funksprüche, werden bekannt gegeben. Die deutschen Berichte über den rumänischen Feldzug machen in der Oeffentlichkeit starken Eindruck.

Die Antwort der Entente an Wilson.

Amsterdam, 9. Januar. Der „Matin" teilt mit, die Antwortnote der Entente an Wilson sei jetzt endlich aufgesetzt.

*

Wilsons Note an der Börse vorher bekannt.

Washington, 8. Januar. Reutermeldung. Der Sekretär Wilsons, Tumulty, ist heute vor dem Repräsentantenhause erschienen, um eine Erklärung im Zusammenhang mit der Tatsache abzugeben, daß die Note Wilsons bekannt war, ehe sie veröffentlicht wurde. Tumulty erklärte, daß er den Inhalt der Note nicht gekannt habe, ehe sie veröffentlicht worden sei und daß er keine Spekulationen auf Grund von vorher empfangenen Informationen unternommen habe. Lansing gab eine Erklärung darüber ab, welche Beamte an der Note tätig waren, wünschte aber über seine ergänzenden Mitteilungen an die Presse keine Mitteilung zu machen. Schließlich wurde ein Effektenmakler aus Boston gehört, der zugab, daß der Inhalt der Note vor der Zeit der Ausgabe bekannt geworden sei, allerdings nicht durch Zutun des Weißen Hauses. Er weigerte sich, die Namen seiner Auftraggeber, für die er Börsentransaktionen ausführte, zu nennen.

*

Der Papst und die Friedensnoten.

Lugano, 9. Januar. Nach einer Meldung des „Messaggero" wird der Vatikan morgen eine identische Antwort auf die Friedensnoten der Mittelmächte und des Präsidenten Wilson absenden. Angeblich gehe die Antwortnote aus von der Beklagung des Ruins und Elends, das durch die Fortsetzung des Krieges verursacht werde. Der Papst versichert, er werde sein Gebet mit den Anstrengungen zur Wiederherstellung des Friedens vereinen. Aehnlich der spanischen Note würde aber die Antwort des Vatikans dahin schließen, daß man den gegenwärtigen Augenblick für die Initiative zu einer Intervention für ungeeignet halte.

Luftangriff bei Nieuport.

Berlin, 9. Januar. Amtlich. Deutsche Marineflugzeuge griffen am 7. d. M. nachmittags ein Barackenlager westlich von La-Panne-Bad und Nieuport-Bad erfolgreich mit Bomben an.

Seitdem hat die englische Regierung keine weitere große Anleihe auf dem englischen Markt mehr vorgenommen; teils weil es sich für sie als unmöglich herausstellte, zu ähnlichen Bedingungen, wie bei der zweiten Kriegsanleihe, größere Beträge zu erhalten, eine weit höhere Zinsgewährung aber sofort die Besitzer der zweiten Kriegsanleihe veranlaßt haben würde, gleiche Vorteile zu fordern; teils weil man immer wieder darauf rechnete, Deutschland werde sich schon in nächster Zeit zu einem Frieden verstehen, wie England ihn wünsche. So wurde die Aufnahme der dritten Kriegsanleihe von Monat zu Monat verschoben und die nötigen Mittel zur Kriegführung durch Steuererhöhungen, Bankvorschüsse, Anleihen in Amerika, Ausgabe neuer kurzfristiger Schatzscheine usw. heranzuschaffen versucht. Dabei mußte England, um Geld zu erhalten, immer höhere Zinsen bieten. Für seine letzten Schatzanweisungen hat es 6 Prozent Zinsen gewähren müssen — und selbst dieser Zinssatz lockte nur in mäßigem Umfange Abnehmer heran.

Dadurch ist die schwebende Schuld Englands zu einer riesigen Höhe angewachsen. Lassen wir die amerikanischen Anleihen und die Bankvorschüsse außer Betracht, so ergibt sich noch immer eine schwebende Schuld von mehr als 40 Milliarden Mark, denn gegen Ende letzten Jahres waren allein für ungefähr 24 Milliarden Mark kurzfristige Schatzscheine (Treasury Bills), für $10^1/_2$ Milliarden Mark verschiedenartige Exchequer-Bonds, für zirka 600 Millionen Mark War Expenditure Certificates, für 800 Millionen Mark War saving Certificates, für 5 Milliarden „Ways and Means" im Umlauf, und zu diesen kommen noch einige andere laufende Schulden hinzu.

Auf die Dauer ging diese Art der Borgwirtschaft keinesfalls weiter und immer wieder wurde aus den englischen Finanz- und Handelskreisen unter Hinweis auf die Gefahren der jetzigen Finanzlage an die Regierung die Forderung gestellt, die täglich mehr anschwellende schwebende Schuld wenigstens teilweise durch Aufnahme einer dritten Kriegsanleihe in eine fundierte Schuld umzuwandeln.

Dazu kommt, daß nicht nur die englischen Kriegskosten sich von Tag zu Tag vergrößern, sondern England auch, da seine Verbündeten nicht mehr mitkönnen, zu einem immer größeren Teil deren Kriegsausgaben mitbezahlen muß. Es ist eine ganz falsche Vorstellung, daß Rußland, Italien, Frankreich um jeden Preis eine Fortsetzung des Krieges wollen und England widerwillig ihrem Druck folgt. Umgekehrt ist richtig: England finanziert heute den Krieg des ganzen Vierverbandes. Seine Verbündeten sind tatsächlich nur noch bezahlte Söldner. Sobald England seine Subsidienzahlungen einstellt, sind seine „Allies" genötigt, Frieden zu schließen. In seiner Rede vom 9. Dezember sagte der neue Schatzkanzler Bonar Law, daß England in den letzten neun Wochen pro Tag 400 000 Pfund Sterling mehr für seine Verbündeten ausgeben müßte als vorher. Da vordem der von England an seine Verbündeten gezahlte Sold durchschnittlich täglich 1 200 000 Pfund Sterling betragen hat, muß sich demnach jetzt die Ausgabe auf 1,6 Millionen Pfund stellen (der „Statist" rechnete jüngst heraus, daß England in den letzten Monaten täglich 1 647 000 Pfund Sterling für seine Verbündeten ausgegeben hat), also täglich auf 33 bis 34 Millionen Mark.

Wie die Bedingungen der neuen geplanten Kriegsanleihe lauten, ist aus den letzten Meldungen noch nicht zu ersehen. Zweifellos ist jedoch, daß die Lloyd Georgesche Regierung heute weit günstigere Bedingungen stellen muß, wenn sie einen entsprechend hohen Zeichnungsbetrag erreichen will, und selbst dann ist es noch höchst fraglich, ob sie einen nennenswerten Betrag an sogen. neuem Geld für die Kriegführung erhält und nicht die ganze Anleihemanipulation schließlich auf einen bloßen Umtausch älterer Anleihewerte sowie kurzfristiger Schatzwechsel und Schatzobligationen gegen neue Anleihepapiere hinausläuft. Die Urteile der mit der britischen Finanzlage vertrauten englischen Blätter lauten keineswegs sehr hoffnungssicher. Zum Teil bricht sogar der Gedanke durch, die Anleihe könnte so schlecht ausfallen, daß sich die Regierung zur Auflage einer großen Zwangsanleihe genötigt sehen werde. So heißt es z. B. im Citybericht des „New Statesman" (Nr. 195, vom 30. Dezember 1916):

„Der Hauptgesprächsgegenstand an der Börse war die bevorstehende Kriegsanleihe. Man glaubt, daß sie in den nächsten Wochen kommen wird. Große Mengen von Schatzwechseln werden jetzt täglich zur Rückzahlung fällig, so daß letzte Woche für Verkauf von solchen kaum mehr einkam, als für Einlösung ausgegeben werden mußte. In einigen Kreisen sprach man von der Möglichkeit einer Zwangsanleihe oder einer Vermögenssteuer und schätzte die Höhe der zur Abtragung eines großen Teils der schwebenden Schuld und Beschaffung neuen Geldes erforderlichen Anleihe auf wenigstens Tausend Millionen Pfund. So sehr man sich auch an große Zahlen gewöhnt hat, erscheint das doch als eine sehr große Summe für eine durch freiwillige Zeichnungen aufzubringende Anleihe." . . .

„Es ist nicht sicher, daß es zu einer Zwangsanleihe kommt; vielleicht hat der Schatzkanzler einen anderen Plan; die neue Anleihe könnte so reizvoll ausfallen, daß jedermann, ohne Rücksicht auf seine Leistungsfähigkeit, zeichnet und aus dem Auslande große Zeichnungen kommen; aber jedenfalls beginnt die Frage der Zwangsanleihe die Gedanken zu beschäftigen."

Und die „Nation" schrieb jüngst (23. Dezember 1916):

„Wenn wir wirklich unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage stärken wollen, so kann es nur durch solch einen durch weitere Besteuerungen und Zwangsanleihen geübten Druck geschehen, daß er zu starken Einschränkungen im privaten Verbrauch zwingt, den durch einen Appell an freiwillige Betätigung der Vaterlandsliebe hervorgerufen, bis jetzt augenscheinlich mißlungen ist."

Zugleich mit der Ankündigung einer großen englischen Anleihe am Londoner Markt bringt die Meldung von der Aufnahme einer neuen englischen Anleihe am New Yorker Markt von jenseits des großen Teiches herüber, und zwar einer Anleihe im Betrage von ungefähr einer Milliarde Mark (fünfzig Millionen Pfund Sterling). An der Londoner Börse ist über diesen neuen Pump in Amerika schon vor zwei, drei Wochen viel gesprochen worden. Wie dort behauptet wurde, soll England mit Hinzurechnung des Kursgewinnes auf die bereits in fünf Jahren rückzahlbare Summe ungefähr 6 Proz. Zinsen gewähren und außerdem völlige Sicherstellung durch Effektenunterlagen aufgeboten haben. Ob diese Behauptungen richtig sind, muß abgewartet werden. Es wäre nicht nur für die Beurteilung der englischen Finanzlage, sondern auch für die Zärtlichkeit der englisch-amerikanischen Beziehungen recht charakteristisch, wenn sie ihre Bestätigung fänden. —

Die Vorgänge in Rußland.

Ueber die Ereignisse, die Rußland im Zustand der blutspritzenden Krise zeigen, gehen der „Vossischen Zeitung" Mitteilungen zu, die authentisch genannt werden. Sie geben in genauerer Fassung, was bisher nur im Abriß bekannt wurde. Als Signatur wird ein zu Widerstand und Abwehr bis zum äußersten bereites Gegenüberstehen von Duma und Regierung betont.

Die Vorgänge, von denen schon Mitteilung gemacht werden konnte, haben sich in den drei Tagen vom 22. bis 24. Dezember abgespielt. Schon Mitte Dezember sei es in Moskau bekannt geworden, daß Massendemonstrationen gegen die Regierung bevorständen. Geplant wurden sie „innerhalb einer sehr großen Reihe der angesehensten gesellschaftlichen Organisationen", und zwar sollten „unzweideutige Resolutionen gegen Krone und Regierung" nicht nur anläßlich der dazu ausschließlich einberufenen Kongresse des allrussischen Semstwoverbandes und des allrussischen Städtebundes, sondern auch in zahlreichen Massenversammlungen von russischen Fachvereinigungen angenommen werden. Die allerverschiedensten Berufe waren zu diesem Zwecke in und nach Moskau mobilisiert worden. Der Bericht zählt eine Anzahl Vereine auf — Arbeiterorganisationen sind nicht darunter. Scharfe Resolutionen gegen Regierung und Regierungsform waren vorgesehen und die Parole wurde ausgegeben, einem schriftlichen Versammlungsverbot der Polizeibehörden keineswegs Folge zu leisten.

„Und so erlebte Moskau zum ersten Male seit den Revolutionsjahren das höchst bezeichnende Geschehnis, daß an drei Tagen hintereinander dreizehn allrussische Kongresse — darunter Semstwo-Verband und Städtebund, die während der Kriegsjahre fast zu zentralen Regierungsbehörden sich emporgeschwungen hatten — durch ein Massenaufgebot von Polizei und Militär gewaltsam gesprengt wurden, wobei es nicht überall ohne Massenverhaftungen und Blutvergießen abgegangen ist. Noch am Freitag, den 22. Dezember, war der Polizeipräsident von Moskau, General Schebeko, nach Petersburg geeilt mit einem Bericht an den Ministerpräsidenten, die Kongresse des Semstwo-Verbandes und des Städtebundes seien gewaltsam auseinandergesprengt worden, und mit der Bitte um dahingehende Direktiven bezüglich der am Sonnabend und Sonntag bevorstehenden Versammlungen. Bereits am Sonnabend früh wurden sowohl die Moskauer Polizei als der Chef des Moskauer Militärbezirks von Petersburg aus drahtlich angewiesen, auch hinsichtlich der übrigen Kongresse nötigenfalls vor keiner Gewalt zurückzuschrecken, was denn auch bis Sonntag nachmittag geschah."

Die Vorgänge hatten ihr lautes Echo in der Duma. Eine scharfe Anfrage an die Regierung wird vom Dumablock auf die nächste Tagesordnung praktiziert. Aber Kriegsminister und Minister des Innern befehlen schriftlich dem Dumapräsidenten, die Anfrage von der Tagesordnung abzusetzen. Ein zweiter Versuch, die Interpellation auf die Tagesordnung zu bringen, scheiterte in derselben Form. Es kam nur zu einer Angriffsrede Miljukows bei der Beratung über die Landesverteidigung am vorigen Freitag, und auf diese gibt die Regierung ihre Antwort u. a. auf die Art, daß Trepow den gehaßten Reaktionär Chwostow zu sich lädt und ihm einen Sitz im Kabinett anbietet.

Miljukow, von dessen Reden der Bericht der „Vossischen Zeitung" sagt, sie seien zwar temperamentvoll, aber so ziemlich allen in ihren Wiederholungen zum Ueberdruß geworden, hatte in der Duma gedroht: „Der Kampf der Gesellschaft gegen die Regierung träte bereits aus dem Rahmen legaler Kampfmittel und nähme die Formen des Jahres 1906 an." Auf diese Drohung mit der Revolution der Straße, der allerdings Miljukow weder Zeitpunkt noch Weg würde vorschreiben können, hat Trepow eben reagiert, wie es einer zaristischen Regierung seines Namens entspricht.

Nun hat man abzuwarten, ob die Entwicklung der begonnenen Bewegung wirklich die Worte des Berichterstatters der „Vossischen Zeitung" rechtfertigt, daß es im innerpolitischen Leben Rußlands „bedenklich nach Pulver rieche". Darüber werden auch die weiteren Berichte Aufschluß zu geben haben, die von noch anderer Seite über das jetzt Geschehene unterrichten werden.

Der „Avanti" zur römischen Konferenz.

Der „Avanti" beschäftigt sich in einem längeren kritischen Aufsatz mit dem Kriegsrat in Rom und macht sich dabei über die italienische Kriegspresse lustig, welche Dingen ihren Beifall spende, von denen sie nicht die geringste Kenntnis besitze und die in die tiefste Finsternis gehüllt seien. Nach der „Kölnischen Zeitung" sagt der „Avanti":

In den Mutmaßungen über die Beratungen der Konferenz herrscht der größte Widerspruch. Während die einen behaupten, es handle sich darum, eine Offensive großen Stils in das Gebiet eines benachbarten Staates zu tragen, wird von den anderen vermutet, im Mittelpunkt der Verhandlungen stehe der Feldzug in Mazedonien, und dritte wollen sogar wissen, daß die Kriegsziele, die in Rom beraten wurden, in der Lösung der orientalischen Frage schlechthin bestehen, obwohl man eigentlich wissen konnte, daß eine solche Frage sich nicht innerhalb zweier Tage und im Kreise eines halben Dutzend von Ministern lösen lasse. Dabei wird von anderen, die vom nationalen Größenwahn befallen seien, die Wahl des Konferenzortes damit in Verbindung gebracht, daß man nun bei den Verbündeten einsehe, daß Italien eigentlich das beste Verständnis für die orientalischen Fragen und das größte Interesse an ihrer Lösung habe. Damit kommt dem Kriegsrat eine Bedeutung zu, die nicht ihren Zweck verfehlt, in Berlin und Wien den größten Eindruck zu machen, da sein Zusammentreten beweise, daß der Verband noch sehr weit davon entfernt ist, durch das Manöver der Gegner geschwächt worden zu sein.

Zum Schluß schreibt der „Avanti": Aus den angeführten Gründen ist es uns nicht möglich, uns dem Beifall und den Wünschen anzuschließen, die die übrige Presse der Konferenz in diesen Tagen gewidmet habe.

*

Abbauung der Balkanfront.

Lugano, 9. Januar. Nach einer römischen Meldung der „Stampa" soll der Kriegsrat beschlossen haben, die Balkanfront abzubauen, jedoch die Endpunkte Valona und Saloniki zu halten und als isolierte verschanzte Lager zu verteidigen.

Man wird diese Meldung des Turiner Blattes, bemerkt die „Frankfurter Zeitung", mit allem Vorbehalt aufzunehmen haben. Es ist in der Entente so wenig wie anderswo üblich, der Oeffentlichkeit vorzeitig Kriegspläne mitzuteilen. Da die italienische Zensur die Nachricht passieren ließ, so wird man mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß ein Täuschungsmanöver versucht wird.

Die Schlacht an der Putna.

Berlin, 9. Januar. Amtlich. Ueber die letzten Kämpfe vom 4. bis 8. Januar meldet A.O.K. 9: Der Sieg in der fünftägigen Schlacht an der Putna ist errungen. Der Gegner war in einer von Natur starken und gut ausgebauten Stellung, deren Hauptteile die Brückenköpfe von Fundeni und Focsani bildeten, anzugreifen.

Nach Beendigung der Angriffsvorbereitungen wurden am 4. Vorstellungen genommen. Am 5. brachen deutsche Divisionen in den Brückenkopf von Fundeni ein. Am 6. setzte ein groß angelegter mit starken Massen geführter russischer Gegenangriff in 25 Kilometer Breite ein. Der Plan des Russen war, die Mitte der 9. Armee zu durchbrechen. Er scheiterte an dem zähen Widerstand unserer Truppen und an der Stoßkraft bewährter westpreußischer Bataillone, die den Feind zum Stehen brachten und die durch vorübergehenden Erfolg des Feindes geschlagene Lücke schlossen. So konnte

unser Angriff am 7. fortgesetzt werden. Die unter den Generalmajoren Huller und Melus und dem Feldmarschallleutnant Goiginger fechtenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen brachen in die Focsani-Stellung ein, stießen tief durch, überrannten die zweite Linie, während gleichzeitig die deutschen Gebirgstruppen den Feind aus den Waldbergen des Odobesti-Stockes warfen. Damit war die Schlacht entschieden.

Mitte und linker Flügel der Milcovu-Stellung waren nicht mehr zu halten. Am 8. fiel Focsani als Siegespreis sowie das gesamte rechte Putna-Ufer in unsere Hand.

Neben schweren blutigen Verlusten büßte der Feind noch 99 Offiziere, über 5400 Gefangene, 3 Geschütze und 10 Maschinengewehre ein.

Die Kriegslage im Moldaugebiet.

Bern, 8. Januar. Der militärische Mitarbeiter des „Petit Parisien" hält die Lage der Russen und Rumänen im Moldaugebiet für schlimm, da jeglicher Verpflegungsnachschub für die Russen unmöglich werde. Die Deutschen verkennten übrigens die Schwierigkeit der Aufgabe nicht, die ihnen noch bevorstehe und feierten ihre Erfolge in auffallend mäßiger Sprache.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 8. Januar. Generalstabsbericht.

Mazedonische Front. Zwischen Ochrida- und Prespa-See für uns günstige Patrouillengefechte. An einigen Punkten der Front Artilleriefeuer.

Rumänische Front. Feindliche Monitore beschossen mit Unterbrechungen Tulcea. Sonst ist nichts Wichtiges zu melden.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 8. Januar. Bericht des Generalstabes vom 8. Januar.

Kaukasusfront: Auf dem linken Flügel wurde ein Ueberfall des Feindes auf unsere Vorposten zurückgeschlagen. Unsere Truppen, die zur Donauarmee gehören, wiesen in der Nacht vom 6. zum 7. Januar einen Angriff des Feindes ab.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die Russen im nördlichen Finnland.

Kopenhagen, 8. Januar. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: „Svenska Dagblad" zufolge sind in der letzten Zeit bedeutende russische Streitkräfte nach dem nördlichen Finnland übergeführt worden. Allein nördlich von Tornea befänden sich 3000 Mann, hauptsächlich Truppen, die von der Front gekommen seien. Gleichzeitig sei die Grenze so streng abgesperrt, daß sie nur bei Tornea überschritten werden könne. In den letzten Monaten sei es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und dem Militär gekommen, wobei es Tote und Verwundete gegeben habe. In einem Kampf am Simoelv während eines Versuchs von acht Finnen, über die Grenze nach Schweden zu entfliehen, seien fünf russische Soldaten getötet und mehrere verwundet worden. Von den flüchtigen Finnen seien fünf nach Schweden entkommen.

Souchez und Ypern.

Englischer Heeresbericht vom 8. Januar abends. Am Abend des 7. Januar versuchte der Feind dreimal, sich unseren Stellungen südöstlich von Souchez zu nähern, wurde aber jedesmal durch unser Feuer zurückgetrieben und ließ viele Verwundete liegen. Die Artillerie war an vielen Stellen längs der ganzen Front tätig; wir unterhielten ein wirksames Feuer östlich von Lesboeufs, auf beiden Ufern der Ancre und östlich von Neuve Chapelle. Der Feind beschoß Ypern heftig. Gestern wurde eine Anzahl feindlicher Batterien durch unsere Artillerie unter Mitwirkung unserer Flugzeuge in einen ernsthaften Kampf verwickelt. Viele Plätze von militärischer Bedeutung hinter den feindlichen Linien wurden erfolgreich mit Bomben beworfen. Eine Anzahl von Luftkämpfen fand statt, zwei feindliche Flugzeuge wurden zur Landung gezwungen und beschädigt, zwei von unseren Flugzeugen werden vermißt.

Holland kauft internierte U-Boote an.

Haag, 9. Januar. Der Marineminister teilte gestern in der Zweiten Kammer mit, daß er ein hier interniertes deutsches und ein englisches U-Boot angekauft habe.

Der Seekrieg.

U-Boot-Arbeit im Kanal.

Kopenhagen, 9. Januar. Der Dampfer „Dannewirke (1491 Tonnen) mit Kohlenladung von England nach Gibraltar, ist im westlichen Teile des Kanals von einem deutschen Unterseeboot als fünfter dänischer Dampfer seit Neujahr versenkt worden; seine Besatzung ist in dem nordfranzösischen Hafen Lannion gelandet. Der dänische Dampfer „Svend", mit Holzladung von Schweden nach England unterwegs, ist von einem deutschen Kriegsschiff in einen deutschen Hafen aufgebracht worden.

Nach Hamburg aufgebracht.

Hamburg, 5. Januar. Der norwegische Dampfer „Lupus" ist am Montag als Prise nach Hamburg aufgebracht worden. Er hatte Bannware für England an Bord.

Das gemiedene Las Palmas.

Bern, 9. Januar. Wie „Temps" meldet, hat im Monat Dezember nur ein einziges englisches Schiff Las Palmas (auf der mittleren der Canarischen Inseln) angelaufen, während Schiffe französischer und italienischer Flagge den Hafen vollständig mieden.

*

Versenkt. Das Vizekonsulat in Cherburg meldet: Der Dampfer „Asta" von Tvestestrand wurde von einem deutschen U-Boot versenkt. Die Besatzung ist gerettet. Der Dampfer „Markland" aus Bergen (1637 Tonnen) ist am Sonnabend auf der Höhe von Bordeaux versenkt worden. — Aus Lissabon verlautet: Der russische Kohlendampfer „Seemel" ist versenkt worden. Der Kapitän und 7 Mann sind gerettet. Lloyds meldet: Der norwegische Dampfer „Hansi" ist wahrscheinlich versenkt worden. „Petit Parisien" zufolge wurden vor La Rochelle drei weitere Fischdampfer versenkt. „Berlingske Tidende" meldet, daß der dänische Dampfer „Raesborg" (1547 Brutto-Registertonnen) wahrscheinlich im Kanal versenkt wurde. Der Dampfer befand sich mit einer Kohlenladung auf der Fahrt von Sunderland nach Bayonne, einer der gewöhnlichen Pflichtreisen, die die englische Regierung von neutralen Dampfern verlangt. Die 18 Mann Besatzung der „Raesburg" wurden wohlbehalten in Brest gelandet. Lloyds meldet: Der Schooner „Brenda" wurde von einem feindlichen Unterseeboot versenkt, die Besatzung wurde gelandet. Man glaubt, daß der norwegische Dampfer „Laupar" versenkt wurde. — Lloyds meldet: Man glaube, daß der norwegische Dampfer „Borgholm" (1715 Tonnen) versenkt worden ist.

Politische Uebersicht.

Was ist nun der Erfolg?

Der Tagung der Opposition widmet die „Leipziger Volkszeitung" einen längeren Epilog, und, wie das so üblich ist, wenn die eigene Richtung beieinander saß, muß ein „Erfolg" gebucht werden.

Diesmal fällt es aber recht schwer; denn der Hauptzweck, eine wirkliche Einigung zwischen den verschiedenen Richtungen der Opposition zu erzielen, wurde nicht erreicht, und so muß sich denn Leipzig mit dem Satze trösten, daß man von vornherein nicht darauf gehofft habe. „Dennoch", heißt es weiter, „stehen wir nicht an, das Ergebnis der Konferenz im ganzen als erfreulich zu bezeichnen. Sie hat das stetige Anwachsen der Opposition gezeigt, sie ließ ihre achtbare Stärke erkennen und sie zeigt, daß der sich um die Arbeitsgemeinschaft gruppierende Teil der Opposition bei eifriger Arbeit und tatkräftigem Wirken immer mehr zum Sammelpunkt der Genossen wird, die sich gegen die Politik des 4. August zur Wehr setzen." — Diese Behauptung steht auf einigermaßen schwachen Füßen. Die Delegation zu der Konferenz war durchaus ungeregelt und hatte, da die Opposition ja unter sich blieb, vielfach den Charakter von Ernennungen. Es bestand also nicht einmal die theoretische Möglichkeit, daß die Konferenz ein „stetes Anwachsen" der Opposition und ähnliche Kraftterscheinungen, wie sie hier behauptet werden, zum Ausdruck bringen konnte. Das Ganze ist nichts als eine Verlegenheitsphrase, die über den Mangel jeden positiven Erfolges hinwegtäuschen soll.

Einen weiteren Erfolg sieht die „Leipziger Volkszeitung" darin, daß die Genossen von der Spartakusgruppe und die internationalen Sozialisten Deutschlands „freilich mit dem Hauptteil der Opppposition sehr unzufrieden" sind, aber „bei aller Schärfe ihrer Angriffe doch den Rahmen sachlichen Kampfes nicht überschritten". Eine Bescheidenheit, die schon einen Erfolg darin erblickt, daß sie nicht mit Fäusten geprügelt wurde, ist nicht weiter zu kritisieren.

So bleibt denn schließlich als letzter und äußerster Erfolg der ganzen Tagung folgender pathetischer Satz der „Leipziger Volkszeitung" bestehen:

„Die Konferenz hat keine Verkleisterungspolitik betrieben, sondern die Dinge nüchtern genommen, wie sie sind. Das ist gut so, das ist ein Zeichen der Kraft und der Zuversicht. Ueber den Streit um den grundsätzlichen Standpunkt und um die Taktik erhebt sich **der Umstand, daß die Vertreter der Opposition aller Richtungen aus dem ganzen Reiche zum erstenmal beisammen waren.** Das gibt der Tagung ihre Bedeutung, die nicht zu verkleinern ist."

Hier geben wir einmal ausnahmsweise der „Leipziger Volkszeitung" recht. Es gibt Dinge, die sich wirklich nicht verkleinern lassen, weil sie das atomistische Mindestmaß der Kleinheit nicht übersteigen. Hierzu rechnen wir die nackte Tatsache eines Beisammenseins Gleichgesinnter. Um dies zu erzielen, war ja eigentlich nur eine einzige Schwierigkeit zu überwinden, die sich in dem Schlußsatz des Spartakuszirkulars mit den Worten ausdrückt: „Für die Kosten der Delegation müssen die einzelnen Mitgliedschaften aufkommen, da der Stand unserer Finanzen ungünstig ist."

* * *

Je weniger die „Leipziger Volkszeitung" über Erfolge der Konferenz berichten kann, um so mehr sucht sie sich am „Vorwärts" zu reiben, weil dieser vor der Konferenz dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, daß für eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen Mehrheit und Opposition jetzt der ungeeignetste Zeitpunkt sei; denn nach dem Friedensangebot Deutschlands sei klar erwiesen, daß Deutschland mindestens von jetzt an einen Verteidigungskrieg führe und niemand werde der sozialdemokratischen Fraktion jetzt ernsthaft eine Ablehnung der Kriegskredite zumuten. Auf eine Verschärfung der Gegensätze könne jetzt nur hinarbeiten, wer die Spaltung als Selbstzweck betreibe.

Diese ruhige Darlegung hat die Leipzigerin in helle Empörung versetzt; sie tobt über die „Giftnotiz" und gießt ganze Kübel Verbalinjurien über uns aus. Es gibt in der Opposition anscheinend pathologisch veranlagte Elemente, die in Wutkrämpfe verfallen, sowie sie nur das Wort Einigkeit und Parteieinheit hören. Wir hatten mit Bezug auf diese Zerstörungsfanatiker geschrieben: „Für diese ist es schon ein Erfolg, wenn unter den gegenwärtigen Umständen die Opposition überhaupt noch als politische Sondergruppierung auftritt." Nun, hat dies nicht die „Leipziger Volkszeitung" als den einzigen und Haupterfolg der Konferenz gefeiert?

Bethmann soll gehen!

Die alldeutsche Kanzlerfronde arbeitet wieder mit ungenierter Offenheit. Der Vorstand des „Verbandes Westmark der deutschvölkischen Partei" hat eine Entschließung angenommen, die jetzt die Runde durch die alldeutsche Presse macht. Sie beginnt mit den verheißenden Worten:

Das um sein Dasein heldenhaft kämpfende deutsche Volk kann nur zu Höchstleistungen gelangen und seine Zukunft sichern, wenn es von tatkräftigen, starken und klarschauenden Männern geführt wird.

Dies, wird weiter ausgeführt, sei wohl auf militärischem Gebiete der Fall, nicht aber auf politischem.

... Während sich den Männern um Scheidemann und den Vertretern des Börsenkapitals nur noch einige unklare Besserwisser anschließen, steht das übrige gesamte deutsche Volk der Politik des Reichskanzlers ohne Vertrauen gegenüber.

Es bestehe die Besorgnis, daß die Ströme deutschen Blutes für einen schwächlichen Frieden geopfert würden, daß wir einem neuen Wiener Kongreß zueilen, auf welchem „dem deutschen Riesen die erwünschten Daumenschrauben angesetzt" werden sollen, daß insbesondere der Reichskanzler den kommenden Schwierigkeiten nicht gewachsen sein werde.

Zudem hat er dadurch, daß er öffentlich im Reichstage das deutsche Volk mit dem Fluche des Völkerrechtsbruches belastete, während doch ein Vertrag mit Belgien Preußen in einem Kriege gegen Frankreich das Besatzungsrecht Belgiens gab, dem zu erstrebenden deutschen Frieden ein schweres Hindernis bereitet. Das deutsche Volk darf daher wohl erwarten, daß der Herr Reichskanzler zum Wohle des Vaterlandes und der deutschen Zukunft **einem anders gearteten Manne den Platz räumt.** . . .

In das gleiche Horn stößt Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung":

Wenn auch das deutsche Volk die Verantwortung für die Worte des Kanzlers über Belgien ablehne, so kann nichts an der Tatsache ändern, daß die Folgen und Wirkungen der Worte des Reichskanzlers, welcher Art diese auch immer sein mögen, auf die Entwickelung der Angelegenheiten des Deutschen Reiches und Volkes von wesentlichem Einflusse bleiben, und zwar genau so kurz oder **solange, wie der jetzige deutsche Reichskanzler sein Amt bekleidet.**

Bethmann habe den Feinden damit die geistigen Waffen für ihre Antwortnote geliefert:

Der springende Punkt dieser Fragen liegt darin, daß die Regierungen des Vierverbandes in ihrer Note das Friedensangebot des Deutschen Reiches bzw. seiner Verbündeten wesentlich unter Benutzung der Worte des deutschen Reichskanzlers zurückgewiesen haben und ihretwegen dem Deutschen Reiche die bona fides (den guten Glauben) und die Glaubwürdigkeit überhaupt absprechen. Daß das mala fide (bösgläubig) geschieht und taktisches Manöver ist, ändert nichts.

Bethmann hat danach in den Augen der Alldeutschen ein doppeltes Verbrechen begangen. Erstes Verbrechen: Er hat den Gegnern ein Friedensangebot gemacht. Zweites Verbrechen: Er hat ihnen die Vorwände geliefert, es abzulehnen. Ganz logisch sind diese Anschuldigungen nicht, die eine hebt die andere auf.

Ein Zentrumsurteil über die Ablehnungsnote.

In bemerkenswert ruhiger und verständiger Weise äußert sich im „Tag" der Zentrumsführer Julius Bachem über das deutsche Friedensangebot und seine Ablehnung durch die Gegner. Bachem schreibt:

Niemand wird es wagen, mit Bestimmtheit zu behaupten, daß wir dem Frieden nahe sind; so viel aber kann man unbedenklich aussprechen, daß wir dem Frieden neuerdings ein gutes Stück nähergerückt sind. Das hat das Friedensangebot des Vierbundes zuwege gebracht. . . .

Kein Zweifel, das Friedensangebot des Vierbundes hat uns auf dem Wege zum Frieden weiter gebracht, ohne unsere Fähigkeit, den Frieden mit Waffengewalt zu erzwingen, irgendwie zu lähmen oder zu beeinträchtigen.

An dieser Betrachtungsweise ändert auch nichts, daß die Entente das Friedensangebot des Vierbundes zurückgewiesen hat. Das war zu erwarten. Man möchte sich fast wundern, daß es nicht in schrofferer Form geschehen ist. An der Spitze der Entente stehen zurzeit die Männer der schärfsten Tonart. Wenn sie sich in ihrer Antwort eine gewisse Mäßigung wenigstens im Ton auferlegt haben, so ist das eine unfreiwillige Huldigung, die sie dem Friedensangebot des Vierbundes und der Friedensidee darbringen.

Bachem schließt: „Wir sind und bleiben zum Frieden bereit, aber ebenso zum Kampfe entschlossen. Es müßte, wie die Dinge heute liegen, eigentümlich zugehen, wenn nicht das Jahr 1917 der Welt den Frieden brächte — so oder so."

Die begehrlichen Verbraucher.

Herr von Batocki, der Präsident des Kriegsernährungsamts, der im Reden und Schreiben gute Erfolge aufzuweisen hat, erschien am Dienstag vormittag unvermittelt auf dem Kriegslehrgange, den jetzt eine Anzahl Landfrauen im Abgeordnetenhause durchmachen, um sich einmal persönlich an die deutschen Landfrauen zu wenden. Die Landfrauen sollen jetzt angeblich „verärgert" sein, und zwar nicht zuletzt infolge der vielfachen Verordnungen des Kriegsernährungsamtes. Herr von Batocki suchte sie denn in humorvoller Weise mit seiner Tätigkeit zu versöhnen und es darf gesagt werden, daß seine Späßchen den gewohnten Erfolg erzielten, wie wir uns denn überhaupt keinen prächtigeren Redner auf Festessen (namentlich wo es viel zu essen gibt) vorstellen können als Herrn von Batocki. Immerhin verdienen einige Sätze seiner Ansprache auch ernste Betrachtung. So sagte Herr von Batocki nach dem Bericht:

Sie werden sich, meine Damen, ja darüber klar sein, daß Ihnen das nächste Jahr noch vergrößerte Schwierigkeiten bringen wird. Die Arbeitskräfte sind noch weniger, Pferde gibt's ebenfalls weniger, die Einfuhr sinkt fast auf Null, selbst der Boden leistet nach mangelhafter mehrjähriger Bearbeitung weniger. Der große und der kleine Aerger aber wächst mehr und mehr. Und dann kommt noch das Kriegsernährungsamt mit seinen Verordnungen vom grünen Tisch, die es **„aus Angst vor den begehrlichen Verbrauchern in der Großstadt"** erlassen muß. (Große Heiterkeit.)

Die „große Heiterkeit" darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit den letzten Worten Herr von Batocki — wenn auch für seine Person in ablehnender Weise — so doch einer Anschauung Wort verliehen hat, die offenbar auf dem Lande gang und gäbe ist. Tatsächlich ist bei einem großen Teil der ländlichen Bevölkerung die Ansicht verbreitet, daß die Maßregeln der Kriegsernährung nur auf ein Luxusbedürfnis der Städte zugeschnitten wären. — Herr von Batocki bestätigt es nur. Es wäre demgegenüber wünschenswert, wenn Herr von Batocki einige Mühe darauf verwendete, das Land über die wahre Lage in den Städten aufzuklären. Für die Städter ist es nicht gerade angenehm, die Entbehrungen des Krieges in einem Maße tragen zu müssen, wie es der Ackerbau treibenden Bevölkerung völlig unbekannt ist, und dafür dann noch den Spott zu ernten.

Ein Stein vom Herzen.

Dem Unkundigen ist es ganz und gar entgangen, daß wir in den letzten Wochen von einer schweren Gefahr bedroht waren, die nun vorüber ist. Aber der durch seine Eingabe bekannte Fürst zu Salm-Horstmar stellt in der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz" fest, daß Deutschland einer großen Gefahr glücklich entronnen ist: nämlich der Gefahr des — Friedensschlusses. Unsere Feind selber sind so dumm gewesen, uns aus jener verzweifelten Lage zu erretten, indem sie das deutsche Friedensangebot ablehnten. Wären nämlich unsere Feinde, „wie man es von ihrer Schlauheit erwarten konnte", auf das Friedensangebot eingegangen, so wäre es uns bei den Verhandlungen ganz elig ergangen. Denn, so meint der Fürst zu Salm-Horstmar, „ich kann mir nicht denken, daß Herr von Bethmann, wenn ich mir ihn mit den Herren Lloyd George und Briand am Konferenztisch sitzend vorstelle, in seiner streng rechtlich denkenden, moralisch vornehmen Art ein für Deutschland günstiges Geschäft abgeschlossen hätte; um so weniger, als er sicher nur ganz bescheidene Wünsche ausgesprochen, nie aber rücksichtslose Forderungen gestellt und mit allen Mitteln durchgedrückt haben würde." Aber dank der törichten Verblendung unserer Feinde sind wir dieser urtheilvollen Lage glücklich entgangen, können „erleichtert aufatmen" und vor allen Dingen nun mit dem begehrten rücksichtslosen Krieg einsetzen.

Es wird immer einige Leute in Deutschland geben, die nicht von vornherein so von der Dummheit der Gegner überzeugt sind, wie der Fürst zu Salm-Horstmar. Und die werden sich fragen, ob es wirklich eine Empfehlung für eine Politik darstellt, wenn ihr die Feinde so offenkundig in die Hände arbeiten.

Keine ausländischen Fürsten auf deutschen Thronen.

Die internationale Verfippung der europäischen Fürstenhäuser, verbunden mit den geltenden Erbfolgeordnungen, haben zu der Konsequenz geführt, daß auf eine Anzahl deutscher Throne ausländische Fürsten Anwärter waren und noch heute sind. Während bislang aber nichts Anstößiges darin gesehen wurde, wenn z. B., wie dies öfter der Fall gewesen ist, ein englischer Fürst über ein deutsches Land regierte, sind seit dem Weltkrieg gegen diesen Zustand auch in streng legitimistischen Köpfen Bedenken aufgestiegen. Für die Herzogtümer Sachsen-Coburg und Gotha kommen nämlich Mitglieder des englischen Königshauses, dem der seit 1905 regierende Herzog Karl Eduard bekanntlich ebenfalls entstammt, als Thronanwärter in Frage. Deshalb wurde nach Ausbruch des Krieges im gemeinschaftlichen Landtag der Antrag gestellt, die ausländischen Thronanwärter von der Thronfolge auszuschließen. In der letzten Sitzung des Landtages machte ein Präsident Liebetrau hierzu folgende Mitteilung:

Die Verfassungskommission hat die das Land tief berührende Frage der Ausschließung der Angehörigen außerdeutscher Staaten von der Thronfolge in den Herzogtümern Koburg und Gotha von neuem mit der herzoglichen Staatsregierung verhandelt. Diese hat die Zusage erteilt, den gemeinschaftlichen Landtag mit aller tunlichen Beschleunigung wieder einzuberufen, sobald die Voraussetzung vorliegt, die als solche zwischen Regierung und Verfassungskommission vereinbart worden ist. Die Bevölkerung des Landes darf versichert sein, daß der Landtag unablässig bemüht ist, die bedeutungsvolle Angelegenheit deutschem Empfinden entsprechend und im Geiste der Reichsverfassung unter gleichzeitiger Wahrung der schwerwiegenden materiellen Interessen des Landtages baldigst der gesetzlichen Erledigung entgegenzuführen.

Der Konflikt zwischen deutschem und monarchischem Empfinden scheint demnach nur unter großen Schwierigkeiten lösbar zu sein.

Letzte Nachrichten.

Das Ultimatum an Griechenland überreicht.

Piräus, 9. Januar 1917. Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Ententemächte Frankreich, England, Rußland und Italien überreichten heute morgen der griechischen Regierung ein Ultimatum, in dem die Annahme der in der Note vom 31. Dezember enthaltenen Forderungen binnen 48 Stunden verlangt wird.

U-Boot-Wirkungen.

Bern, 9. Januar. „Petit Parisien" meldet aus Rouen: Der französische Dampfer „Ville de Rouen" ist überfällig. Der hier eingetroffene Dampfer „Puertorico" fing auf der Höhe von Santander einen Funkspruch des Postdampfers „Espagne" auf, daß „Ville de Rouen" von einem U-Boot verfolgt werde und um Hilfe bitte. Seither ist das Schiff verschollen. — Dasselbe Blatt meldet aus Larochelle: Am 3. Januar wurden die folgenden zehn Fischdampfer versenkt: „Richelieu", „Saint Paul", „Pensee", „Colombia", „Formidable", „Diamant de la Couronne", „Honneur et Devouement", „Moderne", „Maria Henriette", „Pere Monfort" sowie der Dreimaster „Aconcagua". Die Besatzungen sind sämtlich gerettet. — Lloyds meldet, daß der japanische Dampfer „Chinto Maru" versenkt wurde. Es wird angenommen, daß der französische Dampfer „Alphonse Conseil" und der englische Dampfer „Lesbian" gleichfalls versenkt worden sind.

Rücktritt des Kabinetts in Spanien.

Madrid, 9. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Ministerpräsident hat die Demission des gesamten Kabinetts unterbreitet.

Die Kathedrale von Reims.

Bern, 9. Januar. „Petit Parisien" meldet nach dem „Courrier de la Champagne": Die Kathedrale in Reims sei infolge der letzten Regenperiode sehr stark beschädigt worden; besonders die Wölbungen der Seitenschiffe. Die Ausbesserungen sollten unbedingt noch diesen Winter gemacht werden, bisher sei aber gar nichts unternommen worden.

Im Schneesturm verunglückt.

Wien, 9. Januar. Seit dem 30. Dezember werden zwei jugendliche Wiener Touristen, Rudolf Zawada und Otto Borusik, die einzigen Söhne zweier Witwen, die trotz mehrfacher Warnung eine Partie auf das Hochtor unternommen hatten, vermißt. Da die Suche nach ihnen ergebnislos blieb, sind sie wahrscheinlich im Schneesturm verunglückt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaftliche Minierarbeit in Berlin.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist Berlin immer der Herd oppositioneller Strömungen gewesen. Kein Wunder, wenn die jetzige Parteiopposition, die sich — wie seit Jahren — nicht zuletzt auch gegen den „Gewerkschaftsbureaukratismus" und gegen die vermaledeiten Gewerkschaftsführer richtet, nun auch mit besonderem Eifer sich der Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung widmet. Welcher Schaden der wirtschaftlichen Macht der Arbeiter und damit dem Arbeiter selbst zugefügt wird, kümmert diese Leutchen nicht. Die niedrigsten Instinkte im Menschen werden versucht wachzurufen, nur um gegen den „gutbesoldeten" Gewerkschaftsangestellten mobil zu machen — denn letzten Endes handelt es sich nur darum, ihn zu treffen, der nebenbei bemerkt sich in der Kriegszeit oft mit der Hälfte dessen als Gehalt begnügen muß, was sein Berufsgenosse jetzt in der Kriegsindustrie verdient. Schließlich trifft man aber mit all diesen radikalen Vorschlägen nicht den verhaßten Angestellten, sondern die eigene Organisation.

Von den Spartakusleuten werden im Berliner Gewerkschaftshaus sowohl wie in allen Berliner Gewerkschaftsversammlungen Broschüren und Zeitschriften verbreitet. Die Berliner Ortsverwaltungen sind tolerant genug, diesem gewerkschaftsschädigenden Treiben keinerlei Einhalt zu tun, obgleich ihnen das kein Mensch verargen könnte, denn man kann eigentlich niemand zumuten, sich im eigenen Hause durch einen ungebetenen Gast schmähen und befudeln zu lassen. Sie tun es sicherlich in dem Bewußtsein ihres eigenen guten Gewissens und in der Voraussicht, daß vernünftige Leute auch durch solche Machenschaften sich nicht beirren lassen.

Diese Minierarbeit soll jetzt noch stärker betrieben werden, zu welchem löblichen Zweck nachstehendes Zirkular in Berliner Gewerkschaftskreisen verbreitet wird:

B. G.!

Es dürfte auch Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß sich in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Genossen schon seit langer Zeit eine tiefgehende oppositionelle Stimmung bemerkbar macht. Sie ist in der Hauptsache auf die einseitige Stellungnahme zurückzuführen, welche die Generalkommission und die Zentralvorstände der Gewerkschaften in ihren Organen in dem jetzigen politischen Meinungsstreit einzunehmen pflegen.

Um einmal festzustellen, wie weit die Unzufriedenheit gegenüber den Führern der Gewerkschaftsbewegung in den Massen der Arbeiterschaft Platz gegriffen hat, werden Sie ersucht, in Ihrem Orte bezw. Kreise, Fühlung mit allen bekannten Gewerkschaftlern zu nehmen eventuell eine Sitzung abzuhalten, von welchen Sie wissen, daß sie auf dem Boden der Opposition stehen.

Es wird beabsichtigt, die oppositionellen Elemente einmal zusammenzufassen um eventuell eine gemeinsame Aussprache baldigst herbeizuführen. Deshalb ist es notwendig, recht bald die Adressen an den Unterzeichneten zu übermitteln.

Mit allen Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, soll möglichst Fühlung gesucht werden, auch ist es wünschenswert, Gewerkschaftsfunktionäre (Vertrauensleute, Ortsverwaltungsmitglieder usw.) in erster Linie zu berücksichtigen.

Mit Parteigruß

gez. Karl Kürbs,
Berlin SO. 26, Naunynstr. 27 I.

Der unterzeichnete Arrangeur dieser neuesten Attacke gegen die Gewerkschaften ist in Berliner Gewerkschaftskreisen ein bisher völlig Unbekannter, der sein agitatorisches Licht bisher schamhaft unter den Scheffel gestellt hat. Ob es ihm gelingen wird, die Berliner Gewerkschaftsbewegung zu ruinieren, bezweifeln wir sehr stark.

Deutsches Reich.

25 Jahre Gewerkschaftsarbeit in Breslau.

Ende Dezember 1916 warn 25 Jahre seit Gründung des Gewerkschaftskartells in Breslau verflossen. Wenn die Kartelle zu Anfang, und namentlich auf dem Gewerkschaftskongreß zu Frankfurt am Main, abfällige Kritik erfuhren, so hat sich doch im Laufe der Jahre deren nutzbringende Tätigkeit vollauf erwiesen. Die Gewerkschaften am Ort sind durch das Kartell wesentlich gefördert worden. Nach der ersten Statistik im Jahre 1898 waren in Breslau 6276 Mitglieder zu verzeichnen, am 31. Juli 1914 (vor Ausbruch des Krieges) aber 32 712. Die Mitgliederzahl ist infolge des Krieges am 30. September 1916 auf 12 872 gesunken.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen hat das Breslauer Kartell die Gewerkschaften sehr wirkungsvoll unterstützt, anfangs durch Sammellisten, bis später die Lohnbewegungen durch die Zentralorganisationen auf eine solidere Basis gebracht wurden. Vom Jahre 1905 bis 1916 sind in Breslau 2 815 946 M. für Streikunterstützung ausgegeben worden. Für Arbeitslosenunterstützung und Unterstützungen sonstiger Art 5 545 877 M. Davon im Jahre 1914/15 an die Kriegerfrauen 232 495 M. Das Kartell hat auch zur glücklichen Lösung der Lokalfrage in Breslau beigetragen. Die Wirte machten mit Hilfe der Polizei jede Versammlung unmöglich. Im Jahre 1906 setzte ein strengdurchgeführter Saalboykott ein. Das Kartell hatte die Genugtuung, einen glänzenden Sieg verzeichnen zu können, binnen kurzer Zeit standen den Arbeitern zirka 60 Säle in Breslau und Umgegend zu Versammlungen zur Verfügung. Kurze Zeit darauf schufen sich die Gewerkschaften ein eigenes Heim. Zu diesem Zweck wurde für 856 000 M. ein Grundstück käuflich erworben. Durch Herausgabe von Anteilscheinen und Erhebung eines regelmäßigen Beitrages wurden in kurzer Zeit rd. 288 000 M. aufgebracht. Im März 1913 zogen die Gewerkschaften in das neue Heim ein. Trotz des Krieges war es möglich, am 1. Januar 1917 die erste und einzige Hypothek zurückzuzahlen. Weiter ist die Errichtung einer Sparkasse, G. m. b. H., zu erwähnen. Im ersten Halbjahr ihres Bestehens wurden 215 000 M. eingezahlt. Die gesamten Einzahlungen betragen bis zum 1. Oktober 1916 1 650 000 M., wovon 628 000 M. zurückgezahlt wurden. Auch hat das Gewerkschaftskartell auf dem Gebiete der Sozialpolitik und in der Frage des Arbeiterschutzes hilfreiche Arbeit geleistet. Es wurde eine Zentral-Bibliothek, ein Arbeiter-Jugendheim und ein Arbeitersekretariat geschaffen, der Konsum- und Sparverein Vorwärts gegründet und eine Rechnungsstelle der Volksfürsorge am Orte eingerichtet.

Die Kartelltätigkeit während des Krieges war ebenfalls außerordentlich vielseitig, und so gilt auch von den Breslauer Gewerkschaften, was Ministerialdirektor Lewald im Reichstage sagte: „Im Kriege haben sich die Gewerkschaften als notwendige Glieder der deutschen Volkswirtschaft erwiesen."

Ueberwundener Mitgliederstillstand.

Die Zahlstelle Köln des Metallarbeiterverbandes, die Ende 1913 9555 Mitglieder hatte, war im zweiten Vierteljahr 1916 bis auf 2587 herabgesunken. Von da ab bewegt sich die Mitgliederzahl wieder in steigender Linie, sie betrug am 1. Oktober 2655 und am Jahresschlusse 3121. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug im letzten Vierteljahr 645. Bei reger Werbearbeit ist auch weiterhin mit großen Aufnahmeziffern zu rechnen. Hinzu kommt, daß die Zahl der reklamierten Facharbeiter täglich größer wird.

Ausland.

Munitionsarbeiterstreik.

Paris, 8. Januar. „Matin" meldet, daß in der Geschoßfabrik von Ivry, die vorwiegend großkalibrige Geschosse herstellt und über 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, ein Streik ausbrach. Die Zahl der Streikenden, die zuerst 600 betrug, ist noch bedeutend gewachsen.

Bern, 9. Januar. „Temps" zufolge streiken in Ivry mehr als 1500 Metallarbeiter und -arbeiterinnen.

Aus der Partei.

Vierzig Jahre Parlamentstätigkeit.

Am 10. Januar 1877 sandte der Wahlkreis Reuß ä. L. den 27jährigen **Wilhelm Blos** in den deutschen Reichstag. Der Kreis ging im Zeichen der Attentatshetze nach der Reichstagsauflösung 1878 freilich wieder verloren, aber bei der folgenden Wahl im Jahre 1881 wurde er von Blos allen sozialistengesetzlichen Verfolgungen zum Trotz in der Stichwahl wieder zurückerobert. 1884 wurde Blos auch in Braunschweig gewählt. Er nahm für den letzteren Kreis an und ihn vertritt Blos mit zwei Unterbrechungen bis zum heutigen Tage im Reichstag. Mit großer Genugtuung kann Blos heute als Parlamentsjubilar auf diese 40 Jahre seiner Tätigkeit zurückblicken. Zu Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn nahm er an den ersten Kämpfen um das Ausnahmegesetz teil und als dieses in Kraft getreten war, blieben ihm die Folgen nicht erspart, Ausweisungen und längere Gefängnisstrafen eingeschlossen. Mit der Gelassenheit des Mannes, der sich des rechten Weges bewußt ist, hat Blos persönliche Unbill und wirtschaftliche Schädigung all die Jahre ertragen. Wenn wir heute auf die Zeit zurückblicken, die verflossen ist, seit Blos nach bewegten Jugendjahren in das hohe Haus des neuen Deutschen Reiches eintrat, so können wir feststellen, daß allen äußeren Hemmnissen und inneren Reibungen zum Trotz diese 40 Jahre eine Zeit mächtigen Aufstiegs der deutschen Arbeiterklasse gewesen sind. Und Blos hat an diesem Aufstieg auf vorderstem Posten wacker mitgewirkt. Wenn er im Reichstag sprach, fand er bei Freund und Feind gerne Gehör, denn Blos schöpfte stets aus dem großen Schatz seines Wissens und er würzte seine Reden mit den Gaben seines reichen Gemüts. Dabei war Blos niemals Nurparlamentarier. Als Redakteur und als freier Schriftsteller hat er der sozialistischen Presse fast ein halbes Jahrhundert lang die besten Dienste geleistet und daneben hat er die Muße gefunden, Romane zu schreiben („Die Geächteten", „Der Prinzipienreiter"), mit der Herausgabe seiner „Denkwürdigkeiten" zu beginnen und Geschichtswerke über „die französische Revolution" und „die deutsche Revolution" zu verfassen, aus denen unzählige deutsche Arbeiter sich in kargen Abendstunden reiches Wissen holten. Die Geschichte des „tollen Jahres" kennt in allen Einzelheiten heute kein Zeitgenosse besser als Blos, der zu vielen der alten 48er die besten persönlichen Beziehungen unterhalten hat, solange sie lebten.

Nach einer so arbeitsreichen und opferbereiten Wirksamkeit für die Arbeiterklasse mußte Blos im letzten Jahre erleben, daß in seinem Wahlkreise Versammlungsmehrheiten der Daheimgebliebenen ihn zum „Parteiverräter" stempelten und ihn gar aus der Liste der sozialdemokratischen Volksvertreter hinwegresolutionierten, weil er nach bester Ueberzeugung die Politik der Parteimehrheit für richtig hielt und demgemäß verfuhr. Auch diese üble Erfahrung wird Blos nicht griesgrämlich werden lassen. Er kennt den Zauber. Er hat miterlebt, wie sich Eisenacher und Lassalleaner buchstäblich in den Haaren lagen, wie Most und Hasselmann gegen die Fraktion wüteten, die kein Verständnis für die wahre revolutionäre Taktik haben sollte, wie die Berliner Jungen gegen den verbürgerlichten Bebel rebellierten, der die Fühlung mit dem Volke verloren habe. Unsere Leser kennen die Darlegungen des Genossen Blos über „alten und neuen Parteizwist" aus seinem Aufsatz in der letzten Sonntagsbeilage des „Vorwärts". Daß die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie daheim und an der Front Blos zu seinem Parlamentsjubiläum von Herzen beglückwünscht, könnte ihn über das Treiben einiger Blankenburger und Braunschweiger trösten, wenn er eines solchen Trostes bedürfen würde. Er bedarf seiner jedoch nicht. Denn in der alten Mainstadt Wertheim seiner badischen Heimat wurde ihm eine genügende Dosis Humor mit in die Wiege gelegt. Und diese gute Göttergabe hat er sich auf seinem Wanderleben durch die deutschen Gaue nicht verwässern lassen, sondern echt und voll erhalten. Möge ihn dieser Humor noch viele Jahre frisch erhalten zu reichem Schaffen.

H. M.

Stellungnahme zum Hilfsdienstgesetz. Mit dem Hilfsdienstgesetz haben sich in letzter Zeit wieder eine Reihe von Organisationen und Versammlungen beschäftigt. Eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt) nahm nach einem Referat des Abgeordneten Geyer eine Resolution an, die das Gesetz verwirft und die Stellung der Soz. Arbeitsgemeinschaft billigt. Dagegen billigten zwei Mitgliederversammlungen in Groß-Kiel nach einem Referat des Genossen Legien mit erheblicher Mehrheit die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Gesetz, das unter den gegenwärtigen Umständen notwendig sei. Im niederschlesischen Industrierevier fanden am vergangenen Sonnabend, Sonntag und Montag eine Reihe zum Teil sehr stark besuchter Versammlungen statt, in denen der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Genosse Löffler, über die Entstehung und Wirksamkeit dieses Kriegsgesetzes sprach. Die Versammelten erkannten überall einmütig die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes an.

Friedensdemonstration in Frankfurt a. M. Trotz der Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Entente ist das deutsche Volk immer noch zum Frieden bereit und wird auch fernerhin alle Eroberungspläne zurückweisen. Dieser Standpunkt kam in einer mächtigen Kundgebung zum Ausdruck, die der sozialdemokratische Verein in Frankfurt a. M. am Sonntag mittag im Zirkus Schumann veranstaltete. Vor über 4000 Personen sprachen die Reichstagsabgeordneten Dr. David und Dr. Quarck, die mit ihren Ausführungen lebhafte Zustimmung bei den Versammelten auslösten. Genosse David betonte, obwohl die Antwort der Entente die Hoffnungsschimmer auf Frieden jäh ausgelöscht hätten, sei doch eine Klärung geschaffen worden. Der Ausgangspunkt des Krieges sei ein großer Eroberungs- und Aufteilungsplan der Gegner, der schon 1911 um ein Haar zum Weltkrieg geführt hätte. — Genosse Dr. Quarck unterstützte die Darlegungen Davids. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt. Die Kundgebung verlief sehr wirkungsvoll.

Aus Industrie und Handel.

England, Norwegen und Deutschland.

In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Aftenposten" hat Unterstaatssekretär von dem Bussche die Norweger auf die englischen Brutalitäten aufmerksam gemacht und in folgender Weise geschlossen:

„Deutschland hat trotz des wenig freundlichen Verhaltens Norwegens in der U-Bootfrage und auf wirtschaftlichem Gebiet doch in mit freundschaftlichem Geiste geführten Verhandlungen während der letzten Monate versucht, in voller Würdigung der deshalb schwierigen Lage Norwegens einen Ausgleich der Unstimmigkeiten zu finden. Wir weisen auf das energischste die englische Darstellung zurück, als ob unser Vorgehen, das sich in Wahrheit mit den geringsten Ansprüchen an Norwegens Neutralität begnügte, ein willkürliches oder gar gewalttätiges gewesen sei. Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Norwegen jetzt und für den Rest des Krieges eine Haltung einnehmen wird, die anderen Staaten gegenüber ihm eine solche Handlungsfreiheit gewährt, daß seine Stellung als neutraler souveräner Staat nicht in Frage gestellt wird."

Die Engländer wollen den Norwegern die Ausfuhr von Fischen und Schwefelkies durch Kohlensperre unmöglich machen.

Deutschlands Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei.

Die „Vossische Zeitung" wollte erfahren haben, daß die zwischen Deutschland und der Türkei vereinbarten handelspolitischen Verträge, die nicht weniger als 20—25 Einzelverträge umfassen, Dienstag, den 9. Januar, unterzeichnet werden sollten. Das Wolff-Bureau teilt dazu berichtigend mit, daß es sich nicht um handelspolitische Verträge sondern um Rechtsverträge handelt und daß für deren Unterzeichnung noch kein fester Termin bestimmt sei.

Englands Seesperre.

Anläßlich des Berichts der sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk", daß das Artilleriearsenal in Hembrug infolge von Messingmangel die Arbeit teilweise einstellen mußte, erfährt das Haager Korrespondenzbureau, daß aus ein paar Schiffen der Holland-Amerika-Linie Messingvorräte, die für die holländische Regierung aus Amerika gebracht wurden, auf Befehl der englischen Regierung in England gelöscht werden mußten. Infolgedessen mußte die Zufuhr von Messing aus Amerika eingestellt werden.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vorm. C. J. Vogel Telegraphenfabrik) Akt.-Ges. weist für 1915/16 einen Rohgewinn von 1,8 gegen 1,5 Millionen Mark im Vorjahre und einen Reingewinn von 1,15 gegen 0,97 Millionen Mark aus. Dividende werden 16 gegen 15 Proz. gezahlt. Die Gesellschaft ist vollauf beschäftigt. Ihre Bilanz ist glänzend. Das Bankguthaben beträgt 2,3 Millionen Mark gegen 1 Million Mark, das Effektenkonto 1,2 gegen 0,4 Millionen Mark, das Debitorenkonto 0,7 gegen 0,45 Millionen Mark. Die Vorräte sind von 434 000 auf 572 000 M., die Gläubiger von 148 000 auf 258 000 M. gestiegen.

Die verdammten U-Boote.

Um eine deutsche Kontrolle des U-Boot-Schadens für die britische Getreideversorgung auszuschließen, werden Informationen über Getreide in England nicht mehr ausgegeben.

Rüstungsindustrie in den Vereinigten Staaten.

Der Leiter der großen amerikanischen Bethlehem-Steel-Compagnie, Charles Schwab erklärte wie die „Nat. Ztg." aus Kopenhagen meldet, kürzlich in einer Rede in New York, daß die Bethlehem-Werke im Augenblick 50 Proz. mehr schweres Geschütz fabrizierten, als die Kruppfabriken in Essen. Die Bethlehem-Werke wollen jetzt noch die Abteilungen für die Fabrikation der sechzehnzölligen Kanonen erweitern und diese sollen dann die Hauptbatterien an Bord der mächtigen Ueberdreadnoughts bilden, die Amerika jetzt baut. Schwab teilt ferner mit, daß auf den Werften seiner Gesellschaft der dritte Teil aller Schiffe gebaut wird, die im Augenblick überhaupt in den Vereinigten Staaten gebaut werden und daß die Bethlehem-Gesellschaft in jeder Woche 10 000 Tonnen Handelsschiffe baue. Auch Schlachtschiffe würden auf den Werften gebaut, sowie U-Boote und kleinere Schiffe. Für das Ausland seien im Augenblick 1 200 000 Tonnen in Amerika in Bau und da die Schiffswerft in England außerdem stark erweitert ist und Tag und Nacht baut, wird es wohl nicht lange dauern, bis die im Kriege verloren gegangene Tonnage wieder ersetzt sei. (x)

Die Deutsche **Maschinenfabrik Akt.-Ges.**, Duisburg, übernahm die Gesellschaft die Waffenwerke „Union" in Zella zur Fortführung als Zweigstelle.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichstadt). Zahlabend: Mittwoch, 10. Januar, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — Zahlmorgen: Donnerstag, den 11. Januar, bei Krüger, Jerusalemer Str. 63.

Neukölln. Die Zahlabende des Ortsvereins Neukölln finden Mittwoch, 10. Januar, abends 8½ Uhr, in folgenden Lokalen statt: 1.—4. Bezirk bei Schultz, Reuterstr. 47, Ecke Lenaustraße; 5. und 6. Bezirk bei H. Schittler, Weichselstr. 5, Ecke Donaustraße; 7.—9. Bezirk bei Rob. Iden, Boddinstr. 58, Ecke Karstraße; 11. Bezirk im Turnerheim, Böhmische Straße 13; 10. und 12. Bezirk bei Kukusch, Wipperstr. 1; 13.—17. Bezirk bei Rob. Cenkel, Hermannstr. 178, Ecke Thomasstraße; 18.—20. Bezirk bei Ed. Richnow, Pritzy-Handjery-Str. 69; 21.—24. Bezirk bei Herm. Hentschel, Herrfurthstr. 27.

Wer den Zahlabend nicht besuchen kann, der zahle seine Beiträge nur an Genossen, die sich durch eine grüne Karte, die den Stempel des alten Kreiswahlvereins trägt, ausweisen können.

Beitrittserklärungen richte man an August Neuman, Kaiser-Friedrich-Str. 32, und Otto Jacobs, Weichselstr. 8, Aufg. IV.

Tempelhof. Mitgliederversammlung heute abend pünktlich 8 Uhr, im „Sängerheim", Kaiser-Wilhelm-Straße, Ecke Werder Straße (Inh. Ueckerman). Wichtige Tagesordnung!

Britz. Mitgliederversammlung. Mittwoch, 10. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokal von Kitzing, Rudower Straße. Vortrag des Genossen Pagels. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute Mittwoch, 10. Januar, abends 8½ Uhr, findet bei Bwe. Perche eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Neuwahlen des Kassierers und Schriftführers.

Rauldsdorf-Biesdorf. Heute abend, pünktlich 8 Uhr, bei Hampel, Hönower Straße 5: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Lebensmittelversorgung in Rauldsdorf. 2. Wahl eines Kassierers. 3. Verschiedenes.

Eine Hausbibliothek gratis!

Verlangen Sie kostenlos Probeheft.

Alle Leser erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheines ein Gratis-Probeheft der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen". Dieselbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pfahlbauzeit — Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte **Hausbibliothek gratis** und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke.

Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 20 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein V

für ein **Gratis-Probeheft.**

An den Verlag von „Welt und Wissen"
Berlin-Schöneberg, Am Park 11.

Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos zugestellt.

Name _____

Ort _____

Verantw. Redakt.: Herm. Müller, Tempelhof. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbl.

An die Abonnenten des „Vorwärts".

Die Leser der Vororte bitten wir um Entschuldigung für die verspätete Zustellung der gestrigen Nummer.

Nach Beschlagnahme der Gummibereifung sind alle unsere Versuche, für unsere Autos Ersatzreifen zu bekommen, seitens der entsprechenden Militärverwaltung abgelehnt worden. Wir haben unsere Autos mit Eisenbereifung versehen, die infolge ihres Gewichtes zu wiederholten Achsenbrüchen geführt haben. Bei der durch das schlechte Wetter bedingten schlechten Beschaffenheit oder Glätte der Straßen sind die so bereiften Autos wiederholt auf der Strecke geblieben. In der jetzigen Zeit des Mangels an Gespannen ist eine Ersatzzustellung an die Abonnenten fast immer unmöglich geworden. So sind auch vorgestern wieder zwei unserer Autos liegen geblieben, und trotzdem daß vier unserer Angestellten von abends 10 Uhr bis morgens gegen 3 Uhr sich überall um Ersatzgespanne oder Autodroschken bemühten, war in ganz Berlin auch nicht ein einziges Fuhrwerk für unsere Zwecke aufzutreiben. Jeder angebotene Preis wurde zurückgewiesen, und welche Preise zurzeit in Frage kommen, dafür nur ein Beispiel: Für den zweieinhalb Stunden in Anspruch nehmenden Rücktransport zweier Autos von Marienfelde nach Berlin berechnete der Fuhrherr für zwei Gespanne von je zwei Pferden am Sonntagmittag nur die Kleinigkeit von 110 Mark!

Wir haben auch versucht, die Zustellung in Berlin durch Extrawagen der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft in den Morgenstunden von 2 Uhr ab bewerkstelligen zu lassen, wie das auch der Verlag der „Morgenpost" bereits unternommen hat. Die Straßenbahngesellschaft hat das Ersuchen um Gestellung der Wagen jedoch rundweg abgelehnt. Wir werden selbstverständlich allezeit für regelmäßige und pünktliche Zustellung bemüht sein, wenn aber einmal infolge unabwendbarer Zwischenfälle eine Verspätung eintritt, so dürfen wir von unseren Abonnenten wohl Nachsicht erbitten, da ja die Ueberwindung der Schwierigkeiten, die in den jetzigen Zeitverhältnissen begründet sind, nicht von unserem guten Willen allein abhängt.

Verlag und Expedition des „Vorwärts".

Rückblick und Ausblick.

Eine Rede des Genossen Ebert.

Eine für die heutigen Zeitverhältnisse ungewöhnlich stark besuchte Versammlung war es, die der Lese- und Diskutierklub „Vorwärts" am Montag im großen Saale des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz abhielt. „Rückblick und Ausblick" betitelte sich der Vortrag, den Genosse Ebert hielt. Der Redner führte im wesentlichen folgendes aus:

Die Hoffnung der Völker auf einen baldigen Frieden hat eine neue schwere Enttäuschung erlebt. Die Zehnverbandsmächte haben das Friedensangebot der Mittelmächte abgelehnt. So rast der Krieg denn im neuen Jahre weiter und fordert neue Opfer an Gut und Blut. Alle Völker leiden in gleichem Maße unter den Wirkungen des Krieges, aber alle Völker wünschen auch sein Ende und Rückkehr zur Kulturarbeit des Friedens herbei. Trotzdem sagt die Antwortnote des Zehnmächteverbandes, die Ablehnung des Friedensangebots erfolge in Uebereinstimmung mit seinen Völkern. Die Erfahrung wird zeigen, ob diese Behauptung nicht eine der vielen Kriegsgroßmäuligkeiten ist. Das Eine ist sicher: Würde die deutsche Regierung ein solches Friedensangebot der Gegenseite abgelehnt haben, so hätte sie damit einen Sturm der Entrüstung in Deutschland entfacht, und die deutsche Sozialdemokratie würde es für ihre Aufgabe gehalten haben, diese Regierung aufs schärfste zu bekämpfen und keinen Pfennig Kriegskredit mehr zu bewilligen. Die Mittelmächte wollen ihre Gegner nicht niederschmettern. Sagen sie doch in ihrem Friedensangebot ausdrücklich, daß die Vorschläge, welche ihre Vertreter zu der Verhandlung mitbringen, darauf gerichtet sein werden, die Rechte der Völker und einen dauernden Frieden zu sichern. — Aus New York wird berichtet, daß der deutsche Botschafter Graf Bernstorff erklärt habe, Deutschland verlange kein fremdes Gebiet, sondern nur die künftige Sicherheit gegen feindliche Angriffe und feindliche Bündnisse. — Diese Nachricht ist bisher nicht widersprochen. — Eine Erklärung in dem gleichen Sinne hat der ungarische Ministerpräsident Tisza abgegeben. — Es handelt sich nach meiner festen Ueberzeugung bei dem Angebot der Mittelmächte um einen durchaus ehrlichen Versuch, dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Dieser Versuch ist denn auch fast in der ganzen Presse der deutschen Sozialdemokratie begrüßt worden, sowohl in den Blättern der Mehrheit wie in denen der Minderheit. Nur einige Vertreter der Spartakusgruppe machen eine Ausnahme. Sie stehen wohl auf dem Standpunkt, der ganze Krieg gehe sie nichts an.

Die Antwortnote der Zehnverbandsmächte macht den Eindruck, als ob sie mehr auf die Beunruhigung ihrer Völker und der Neutralen gerichtet ist als auf eine Beantwortung des Friedensangebots. Die Zehnverbandsmächte suchen die Schuld am Kriege allein den Mittelmächten zuzuschieben. Ich bin der Meinung, daß die endgültige Entscheidung der Schuldfrage erst nach dem Kriege durch die Geschichtsforschung möglich sein wird. Jetzt, wo die Welt seit fast 30 Monaten in Flammen steht, ist es die Pflicht jedes Staates, alles zu tun, um dem Frieden die Wege zu bahnen. Das gebietet nicht nur die sittliche Pflicht und die Menschlichkeit, sondern auch die Selbstbehauptung aller Völker. — Wenn wir nach den Ursachen des Krieges fragen, so finden wir, daß sie in letzter Linie in den wirtschaftlichen Gegensätzen, besonders zwischen England und Deutschland zu suchen sind. Diese Gegensätze haben England veranlaßt, seine Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu betreiben und sich zu diesem Zweck mit Frankreich, Rußland und Italien auszugleichen. Frankreich wurde mit Marokko, Italien mit Tripolis abgefunden und Rußland erhielt im Jahre 1915 die vertragliche Zusicherung auf den Besitz von Konstantinopel, den Bosporus und die Dardanellen. Außerdem hat die Entente die Aufteilung Kleinasiens unter sich vereinbart.

Interessant sind die Aeußerungen der Presse über die Antwortnote der Zehnverbandsmächte. Ich will nur daran erinnern, daß unser dänisches Parteiblatt „Sozialdemokraten" schrieb, wenn England als führende Macht der Entente die ihm von Deutschland und von Wilson entgegengestreckte Friedenshand zurückweise, so werde das bei den Neutralen die Ueberzeugung stärken, daß Grey systematisch den Krieg um die Weltherrschaft vorbereitet habe.

Wie auch die Geschichte über die Ursachen des Krieges entscheiden mag: Das Angebot der Mittelmächte bietet die Möglichkeit, dem Blutbad ein Ende zu machen. Der Einwand, das Friedensangebot sei gehaltlos und entbehre jeder Präzisierung, ist Verlegenheitsgerede. Die Mittelmächte wollten nicht unabänderliche Bedingungen stellen. Sie wollten nicht als diktierende Sieger auftreten; auf neutralem Boden, auf gleichem Fuße wollten sie durch Gedankenaustausch zu einem Ausgleich kommen. Dem Zehnverband wäre dennoch freie Hand geblieben. Er wollte aber nicht an den Verständigungstisch. Er hofft immer noch auf den Sieg der zahlenmäßigen Uebermacht. Lieber opfert er weitere Hekatomben von Menschen, als zuzugeben, daß seine Rechnung falsch ist. Er will nicht auf seine Eroberungs- und Zerstückelungspläne verzichten. Der Zar hat das in seinem Armeebefehl offen ausgesprochen: Ohne Konstantinopel, ohne Galizien und ohne Preußisch-Polen kein Gedanke an Frieden! So geht der Wahnsinn weiter. Was der Zehnverband erreichen kann, nämlich einen billigen dauernden Frieden, kann er jetzt ohne weiteres Pluvergießen haben. Der Zehnmächteverband hat diese Möglichkeit zurückgewiesen. Damit hat er die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges und die Schuld an allen weiteren Opfern auf sich geladen. Ob nach dieser Ablehnung des Angebots der Mittelmächte noch die Möglichkeit zu Friedensverhandlungen gegeben sein wird, das muß die Antwort erweisen, welche der Zehnmächteverband auf die Note Wilsons erteilen wird. Jedenfalls müssen wir von der deutschen Regierung erwarten, daß sie nichts unversucht läßt, was die Friedensvermittlung Wilsons unterstützen und fördern kann. Wie aber auch das Resultat ausfallen mag: Für uns ist nötig, daß wir

ruhig Blut und kühle Köpfe

behalten. Das Angebot der Mittelmächte kann seine günstige Wirkung auf die Stimmung der Völker nicht verfehlen. Alle Völker sehnen den Frieden herbei. Er ist notwendig und möglich.

Unsere Beziehungen zu den Neutralen sind dabei von großer Bedeutung. Denn mit ihnen verbindet uns heute gemeinsamer Friedenswille. Der rücksichtslose U-Bootkrieg, den die alldeutschen Gewaltpolitiker verlangen, ist entschieden zu verwerfen.

Wir Sozialdemokraten werden auch künftig zu der Politik stehen, die wir in unserer Erklärung vom 4. August 1914 bekundet haben: Wir stehen zur Verteidigung unseres Landes, bis die Sicherung desselben erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind. Darin lassen wir uns nicht beirren, denn so furchtbar der Krieg ist, noch furchtbarer ist eine Niederlage. (Sehr richtig.) Das Lebensinteresse der Arbeiterklasse gebietet die Abwehr des Krieges. Ebensowenig wird die Sozialdemokratie erlahmen in ihrer

Arbeit für den Frieden.

Es gibt nur einen Weg zum Frieden: den Weg der Verständigung. Der muß gegangen werden. Wenn auch die Lloyd George, Briand und Trepow Kriegsfanfaren blasen, der Frieden steht auf der Tagesordnung und wird nicht wieder von ihr verschwinden. Daß der Verständigungsgedanke auf dem Marsch ist, beweist auch der französische Parteitag und der französische Gewerkschaftskongreß. Die Resolution, welche sich für die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Internationale erklärt, ist auf dem französischen Parteitag nur mit einer geringen Mehrheit abgelehnt worden. Die Resolution des Parteitages über die Stellung zum Krieg ist ein Kompromißwerk und nicht frei von Widersprüchen. Doch sie ergibt, daß man in den Reihen der französischen Parteigenossen unserer Friedensarbeit mehr gerecht wird als die früheren Entschließungen. In viel höherem Maße gilt das für den Beschluß des französischen Gewerkschaftskongresses. Er verlangt von der französischen Regierung, daß sie die Note Wilsons in günstigem Sinne beantworte und bei ihren Verbündeten in gleichem Sinne wirke, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Und weiter erklärt die Resolution, daß der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines endgültigen Friedens ist, nur zustandekommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietssicherung und die politische wie die wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind. — Diese einstimmig angenommene Resolution stimmt überein mit den Friedensbestrebungen der deutschen Sozialdemokratie, wie sie besonders in unserer Friedenspetition festgelegt sind. Der Beschluß des französischen Gewerkschaftskongresses ist um so erfreulicher, als von maßgebender Seite auf dem Kongreß erklärt wurde, die französischen Gewerkschaften seien bereit, an einem internationalen Gewerkschaftskongreß teilzunehmen, der von den deutschen Gewerkschaften einberufen wird.

Auch in England bricht sich der Gedanke der Verständigung mehr und mehr Bahn. Der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei, Philipp Snowden, schrieb im „Labour Leader", die Bereitschaftserklärung des deutschen Reichskanzlers, die Friedensbedingungen zu erörtern, sei in so bestimmte Worte gekleidet, daß sie unmittelbare Folgen haben müßte, wenn auf seiten des Verbandes irgendein Wunsch bestehen sollte, den Krieg auf gerechter Grundlage zu beenden. In ähnlichem Sinne hat sich Jowett, der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei, erklärt.

Dieser Wandel der Auffassung bei Angehörigen der Internationale kann die deutsche Sozialdemokratie mit besonderer Genugtuung begrüßen. War sie doch seit Anfang des Krieges bemüht, eine Verständigung der Internationale herbeizuführen und dem Frieden den Weg zu bahnen. Konnte die Internationale den Krieg nicht verhindern, so kann sie doch dem Frieden große Dienste leisten, wenn alle ihre Kräfte eingestellt werden auf die gemeinsame Friedensaktion, die allen Ländern gerecht wird.

Jedenfalls wird die deutsche Parteileitung — darin befinden wir uns in Uebereinstimmung mit unseren österreichischen Freunden — auch künftig ihr Möglichstes tun, um dieses Ziel zu erreichen. —

Die deutsche Sozialdemokratie hat schwere innere Kämpfe durchzumachen. Die einheitliche Aktion wird von einem Teil der Parteigenossen in bewußter Weise erschwert. Das hat die

Konferenz der Opposition

am letzten Sonntag bewiesen. Rechthaberei und Fanatismus arten derart aus, daß jedes Zusammengehörigkeitsgefühl vernichtet, jede gemeinsame Arbeit unmöglich gemacht wird. Unverantwortliche, die schon längst ein böses Spiel mit der Partei treiben, haben einen Teil der Wahlkreise zu einer Sonderkonferenz berufen. So werden die Organisationen und die Mittel der Partei offen mißbraucht zum Kampf gegen die Partei. Und an dieser Konferenz nahmen Leute teil, welche der Reichskonferenz, die aus Vertretern aller Parteiorganisationen zusammengesetzt war, das Recht zur Beschlußfassung abstritten. Dieselben Leute wollen jetzt ihre einseitig zusammengesetzte Sonderkonferenz zum Tribunal der Parteigeschicke machen. Zur Kennzeichnung der Verhandlungen ist beachtenswert die Resolution, welche die Spartakusgruppe der Konferenz vorgelegt hatte. Nach dieser Resolution geht die Taktik der Spartakusleute dahin: Man bleibt in der Partei, um deren Zerstörung besser betreiben zu können, als man es außerhalb der Partei tun könnte. Beiträge an die Zentrale zahlt man nicht, die sollen die Organisationen der Gesamtpartei an die „Zentralbehörde" der Opposition zahlen. Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die zur Parteimehrheit stehen, werden öffentlich infamiert; bei Wahlen stellt man den Parteikandidaten Oppositionskandidaten entgegen. Die parlamentarischen Friedensaktionen der Partei erklärt man für Unsinn.

Nicht nur auf die Partei, sondern auch auf die Gewerkschaften ist das

Zerstörungswerk

gerichtet. Und das Zerstörungswerk betreibt man zu einer Zeit, wo man weiß, daß sich das Großkapital im Kriege gestärkt hat und das Unternehmertum sich auf die bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfe rüstet. Was Hunderttausende, die draußen im blutigen Ringen stehen, als ihr Lebenswerk, als ihr Teuerstes betrachten, soll vernichtet werden. Was bisher der Stolz der deutschen Arbeiterklasse war: der machtvolle Bau ihrer Organisation, um den sie die ganze Welt beneidet, das soll nun dem Fanatismus und der Herrschsucht eines kleinen Kreises geopfert werden. Hier handelt es sich um einen offenen Vorstoß gegen den Lebensnerv der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Mit Leuten, die so ganz offen die Zerstörung der Arbeiterorganisationen betreiben, paktiert die Arbeitsgemeinschaft und berät mit ihnen über den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, trotzdem ihr bereits vorher diese Forderungen vorgelegt waren. Das ist nur möglich, weil die Meinungsdifferenz in diesen Fragen eben nur taktischer Natur sind. (Zustimmung.) Das sind die Folgen der Spaltung der Reichstagsfraktion. Keine Rabulistik kann das hinwegdisputieren. Mit der Fraktionsspaltung fing es an, mit der Spaltung der Partei und der Gewerkschaftsorganisation nimmt das Werk seinen Fortgang und das Resultat ist: Lähmung der Organisationen der Arbeiterklasse zur Zeit, wo sie im Kampf für die Arbeiterinteressen am nötigsten sind. Das ist gleichbedeutend mit einer Stärkung der Reaktion und des Scharfmachertums. (Zustimmung.) Ich zweifle nicht, daß die Partei die Herausforderung durch die Sonderkonferenz so beantworten wird, wie es das Lebensinteresse der Arbeiterklasse gebietet! (Lebhafte Zustimmung.) Zur Beurteilung dieses Treibens ist noch zu berücksichtigen, daß die Herausforderung mit der Sonderkonferenz in einer weltpolitischen Situation erfolgt, welche die Arbeiterklasse zum einmütigen Handeln drängt. In einer politischen Situation, die der Opposition jeden sachlichen Boden glatt unter den Füßen weggezogen hat. (Zustimmung.) Bisher war der Lebensnerv der Parteiopposition der Umstand, daß gewisse Leute vor lauter Annexionsgespenstern nicht erkennen konnten, in welcher Gefahr sich unser Land und unser Volk befindet. Nachdem das Friedensangebot abgelehnt ist, kämpft Deutschland um seine Existenz, um seine Zukunft, um den Frieden. Leute, welche die erste, zweite und dritte Kriegsanleihe bewilligten, werden den Genossen, welche heute noch die Bewilligung für notwendig halten, trotzdem nach wie vor Parteiverrat zum Vorwurf machen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß gerade diejenigen, die so postfestum ihren Radikalismus entdeckt haben, die lautesten Rufer im Streit gegen die Parteimehrheit sind. Es hat sich überhaupt in den Kreisen der Opposition, besonders in ihren Flugblättern ein wüster

Wortradikalismus

breitgemacht, der ein Rückfall in längst überwundene Perioden der Partei, eine Rückkehr zur reinen Negation ist. Diese Sorte von Radikalismus hat Wilhelm Liebknecht im Vorwort zu seiner Broschüre „Hochverrat und Revolution" so gekennzeichnet: „Es ist Mode geworden, zu behaupten, die Sozialdemokratie sei im Laufe der Zeiten eine andere geworden, sie habe viel Wasser in ihren Wein gegossen, ja sie habe ihr ursprüngliches revolutionäres Programm aufgegeben. Diese Behauptung ist namentlich das Steckenpferd der revolutionären Maulhelden. . . . In meiner frühesten politischen Jugend litt ich unter anderen Kinderkrankheiten auch an der des Wortradikalismus. Es war mir unerträglich, im Radikalismus des Denkens und Redens übertroffen zu werden, und das passierte mir auch nicht leicht, und wenn es mir einmal passiert war, dann dauerte es nicht lange, so hatte ich den Vordermann eingeholt und mich wieder auf die richtige Höhe emporgeschwungen. . . . Zum Glück haben dann später die Verhältnisse dafür gesorgt, daß der Phrasenteufel mir ausgetrieben ward. . . . Da entdeckte ich bald, daß heutzutage keine Mauern mehr vom Wind und Lärm menschlicher Lungen umgeblasen werden — wie weiland die Mauern von Jericho durch die jüdischen Posaunenbläser —, und ferner lernte ich, daß die schwächste Mauer zu hart war, um mit dem Kopf durch sie hindurch zu rennen, daß aber die stärkste Mauer nicht hart genug ist, um auf die Dauer dem menschlichen Kopf zu widerstehen, wenn er, statt als Widder- oder Stierkopf, richtig als Menschenkopf gebraucht wird."

Diese aus einer überaus reichen Parteierfahrung gesprochenen Worte werden heut viel zu wenig beachtet. Mancher junge Brausekopf und auch mancher alte Genosse, der sie in der Zeit der Kriegspsychose verlernt hat, sollte sie beherzigen. — Die Partei befindet sich in einer sehr

ernsten Situation,

die an uns alle die allergrößten Anforderungen stellt. Aber was auch die Zukunft bringen mag, die Partei wird trotz der Schwierigkeiten von außen und der Widerstände im Innern festen Schrittes und voll Zuversicht ihren Weg gehen. Die Interessen der Arbeiterklasse sind unser Leitstern. — Schwerste Opfer lasten heute auf unserem Volke, aber immer noch macht sich landesverräterischer Lebensmittelwucher breit. Wir verkennen gewiß nicht die auf der Absperrung unseres Landes beruhenden Schwierigkeiten. Um so mehr muß aber Eigennutz und Spekulation zu Leibe gegangen werden. Wenn auch die Wurzel im kapitalistischen System liegt. Schwere Unterlassungssünden, Widerstände gegen durchgreifende Maßnahmen und ihre Durchführung liegen bei der Regierung, vor allem der preußischen. Hier zeigen sich scharfe Gegensätze, die rücksichtslos auszukämpfen sind. (Zustimmung.)

Der Zeit der kriegerischen Zerstörung folgt die Zeit des Wiederaufbaues. Da stehen uns große Aufgaben bevor, an deren Lösung wir mit ungeschwächten Kräften herantreten müssen. Nur auf die wichtigsten will ich hinweisen:

Demokratisierung im Reich, Staat und den Gemeinden. Gleiches Recht für alle. Ausreichende Fürsorge für die Opfer des Krieges. Weitgehende Enteignung des Besitzes zur Deckung der Kriegslasten. Neuaufbau des Arbeiterschutzes und der sozialen Fürsorge. Wirksamster Schutz für Mutter und Kind. Neuregelung des gesamten Bildungswesens. Beseitigung aller Besitzprivilegien. — Auch der Aufbau in unserem eigenen Hause wird große Anforderungen an uns stellen. Die durch den Krieg geschwächten Organisationen müssen wieder auf ihre alte Höhe gebracht werden. Hier müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen.

Die Aufwärtsbewegung der zukünftigen Entwicklung Deutschlands wird ihren Antrieb bekommen müssen durch die Arbeiterklasse. Deshalb muß es unsere größte Sorge sein, wie die Macht, die Kraft und der politische Einfluß der Arbeiterklasse gestärkt werden kann. Das wird nicht erreicht durch Rückfall in Sektiererei, sondern dadurch, daß wir eine Politik treiben, die geeignet ist, uns neue Hunderttausende von Anhängern zuzuführen. Nur wenn die Parteigetragen ist von dem Willen der großen Massen des schaffenden Volkes, wird sie in der Lage sein, ihre große historische Mission zu erfüllen: den Sieg der Menschheitsideale des Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion fanden die vom Referenten vorgetragenen Gedanken ungeteilte Zustimmung. Insbesondere wurden die von der Opposition betriebenen Zersplitterungsversuche auf das schärfste verurteilt, und zur Abwehr dieser Bestrebungen sowie zur einmütigen Arbeit für die Interessen der Gesamtpartei aufgefordert.

Ein neues Arbeitsrecht tut not.

Im Kriege fordert der Staat von allen seinen Gliedern in seinem und damit im Interesse aller den Einsatz der höchsten Kraft, des höchsten Gutes des einzelnen, der Gesundheit und des Lebens. Durch seinen brutalen Zwang zerreißt der Krieg bei der Einberufung des einzelnen zur Erfüllung der Wehrpflicht die bestehenden Arbeitsverträge, wenn er auch nicht alle Nebenwirkungen dieser Verträge in jedem Einzelfalle beseitigt. Aber der Krieg ließ doch an sich die Arbeitsverträge der Zurückgebliebenen in Kraft. Nun zwingt er den Staat zu Maßnahmen bisher ganz unerhörter Art, zu revolutionären Eingriffen in das nationale Wirtschaftsleben, um die Arbeitskraft, das persönlichste Gut des Arbeitenden, für seinen Zugriff freizustellen, sie im Interesse der Landesverteidigung dort verwenden zu können, wo es geboten erscheint. Auch hier werden nicht alle Nebenwirkungen der durch diesen Eingriff gelösten Verträge beseitigt.

Der Staat stellt die Träger der Ware Arbeitskraft in Verhältnisse hinein, die oft ganz verschieden sind von denen, unter denen sie bisher gestanden haben. Nicht nur in tatsächlicher, sondern auch in rechtlicher Beziehung. Letzteres, obwohl dazu an sich kein sachlicher Anlaß gegeben ist. Der Staat tut es auch nicht aus Willkür;

es ist das eine gar nicht gewollte Wirkung des geltenden Rechts, das durch das Hilfsdienstgesetz natürlich nicht in allen Einzelheiten hat umgestaltet werden können. Wie mit Blitzeshelle wird für Tausende und Abertausende die Inkonsequenz unseres geltenden Arbeits- und Versicherungsrechts beleuchtet werden, sobald ihnen das aus dem Abschluß der neuen Arbeitsverträge fließende Recht offenbar geworden sein wird.

Nehmen wir die Aufforderungen des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung für den Hilfsdienst. Es werden männliche und zum Teil auch weibliche Kräfte für die verschiedensten Tätigkeiten verlangt. Die Entlohnung soll vorläufig erfolgen auf Grund freier Arbeitsverträge. Wie sind die Rechtsverhältnisse?

Wir beginnen mit dem Versicherungsrecht. „Die Versicherungsbedingungen und die rechtliche Stellung regeln sich bis zum Erlaß endgültiger Bestimmungen entsprechend diesem Arbeitsverhältnis", heißt es in dem ersten Aufruf. Unter den Versicherungsbedingungen sind die Versicherungsverhältnisse auf Grund der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung gemeint. Wie gestalten sich diese nun bei der im ersten Aufruf erstgenannten Tätigkeit, für welche Personen verlangt werden, dem militärischen Sicherheitsdienst. Die Kranken- und Invalidenversicherungspflicht der Personen ist zweifellos gegeben. Daß die Tätigkeit der den Sicherheitsdienst versehenden Personen den Vollzug polizeilicher öffentlicher Gewalt darstellt, ändert an dieser Tatsache nichts. Sie ist auch eine wirtschaftliche Tätigkeit; die Vergütung für diese Tätigkeit ist nichts anderes als das den Leistungen entsprechende Entgelt und das Beschäftigungsverhältnis der betreffenden Personen nichts anderes, als der freie wirtschaftliche Austausch von Arbeit und Lohn. Damit ist die Kranken- und Invalidenversicherungspflicht gegeben. Anders ist es, soweit es sich um eine ehrenamtliche, unentgeltliche Tätigkeit handelt, wie sie ebenfalls möglich ist. Die unentgeltliche Beschäftigung begründet gemäß §§ 165 Abs. 2, 1226 Abs. 2, keine Versicherungspflicht.

Anders ist es auch mit der Unfallversicherungspflicht. Sie ist im allgemeinen nicht gegeben. Zwar unterliegen die Betriebe der Marine und Heeresverwaltung der Unfallversicherung und beim militärischen Sicherheitsdienst handelt es sich auch um eine im Heeresbetriebe erfolgende Tätigkeit, doch ist nicht der Heeresbetrieb an sich, sondern nur die technischen Betriebe des Heeres sind versicherungspflichtig, soweit freie Arbeiter in ihnen beschäftigt werden. Damit entfällt also die Unfallversicherungspflicht des militärischen Sicherheitsdienstes, soweit er sich nicht auf die Bewachung versicherter technischer Betriebe erstreckt. Dann würde sie unserer Meinung nach gegeben sein. Also z. B. bei der Bewachung von an sich versicherten Heeresbetrieben. Aber auch bei Bewachung privater versicherter Betriebe, die für den Heeresbedarf tätig sind und deshalb bewacht werden. Wir würden auch den Bahnschutz z. B. für unfallversicherungspflichtig halten, obwohl er in Kriegszeiten der Heeresverwaltung obliegt. Der Betrieb der Bahnen ist grundsätzlich versicherungspflichtig. Zum Betrieb der Bahnen gehört der Schutz der Bahnanlagen. Werden zu diesem freie Arbeiter herangezogen, so unterstehen sie damit auch dem Schutze der Versicherung. Aber in dieser Versicherungspflicht kann jeweils eine Unterbrechung eintreten. Wird ein heute mit dem Bahnschutz Betrauter morgen mit der Bewachung von Gefangenen beauftragt, kann die Versicherungspflicht wieder zweifelhaft sein. Sie kann es, braucht es nicht. Sie ist nicht gegeben bei der Bewachung eines militärischen Gebäudes, das nicht zu einem technischen Betriebe der Heeresverwaltung gehört.

Also Zweifelsfragen der verschiedensten Art. Bei genau der gleichen Tätigkeit kann einmal die Versicherungspflicht gegeben sein, das andere Mal nicht. Daß dieses ein unhaltbarer Zustand ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wir müssen daher in Anlehnung an einen schon bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gestellten Antrag die grundsätzliche Versicherung der im öffentlichen „vaterländischen" Dienste stehenden Personen gegen die bei Ausübung dieser Dienste drohenden Unfälle und sonstigen Gefahren fordern. Die Bemerkung im Aufruf des Kriegsamts, daß „bis zum Erlaß endgültiger Bestimmung" das gegenwärtige Recht gilt, läßt ja den Schluß zu, daß die Ausführungsbestimmungen hier eine Aenderung schaffen. Dabei handelt es sich jedoch nur um eine vorübergehende Regelung, die der Mängel des geltenden Rechts wegen notwendig geworden ist. Für die Zukunft ist eine grundsätzliche Regelung unabweisbar.

Durchweg sind die versicherungsrechtlichen Verhältnisse genau so, wie sie eben geschildert wurden, bei all den anderen Tätigkeiten, für die die Aufrufe Hilfskräfte fordern. Das gilt auch in den Fällen, wo die Hilfsdienstpflichtigen, die nach dem am 2. Januar in der Tagespresse veröffentlichten zweiten Aufruf des Kriegsamts, in den Etappen und Kriegsgebieten zum Heeresgefolge rechnen und den Kriegsgesetzen unterstehen. Die Hilfsdienstpflichtigen werden dadurch nicht zu Soldaten. Das ist bezüglich der Armierungsarbeiter schon vom Reichsmilitärgericht ausgesprochenen (Entscheidung der Militärgerichte Band 19, Seite 112) und bezüglich der Invalidenversicherungspflicht dieser Personengruppe vom Reichsversicherungsamt (Amtliche Nachr. d. R. V. A. 1916, Seite 438).

Aehnlich zeigt sich die Inkonsequenz des eigentlichen Arbeitsrechts. Für alle die im Aufruf erwähnten Tätigkeiten bildet das Dienstvertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches die Grundlage der rechtlichen Beurteilung, nicht das der Mehrzahl der zu diesen Tätigkeiten kommenden Personen geläufige Recht der Gewerbeordnung oder des Handelsgesetzbuches. Das bewirkt, daß, wenn nichts über die Dauer des Dienstvertrages im Ausstellungsvertrage bestimmt ist, bei einer nach Tagen bemessenen Vergütung die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig ist. Ist die Vergütung nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig. Sie hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig und hat spätestens am 15. des Monats zu geschehen.

Während nach der Gewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch für beide Vertragsteile die Kündigungsfristen gleich sein müssen, können sie jetzt verschieden bemessen werden. Der Handlungsgehilfe, der im Falle der Krankheit den Bezug aus einer Krankenkasse für die Dauer von sechs Wochen sich nicht auf das Entgelt anrechnen lassen brauchte, und für diese sechs Wochen das volle Gehalt fordern könnte, muß sich beim Hilfsdienst diesen Bezug auf das Entgelt anrechnen lassen und hat — wie alle anderen Hilfsdiensttätigen auch —, im Falle der Krankheit wie bei jeder anderen in seiner Person liegenden Dienstbehinderung nur den Lohn für eine „verhältnismäßig nicht erhebliche" Zeit zu beanspruchen.

Bei Streitfällen ist ausschließlich das Amtsgericht, nicht das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zuständig. Dies gilt, wie zur Vermeidung jedes Mißverständnisses besonders betont werden soll, nur für Tätigkeiten auf Grund der neuen Aufrufe. Dabei sind die Dienste oft gar nicht verschieden von denen, die der Betreffende früher leistete. Der Koch, der bisher in einem Restaurant tätig war und nun die gleiche Tätigkeit in der Küche eines Truppenteils oder Lazaretts ausübt, entfällt also der Wirksamkeit der Gewerbeordnung und untersteht dem bürgerlichen Recht. Die Köchin aus einem privaten Haushalt, die die gleiche Arbeit verrichtet, wie dieser Koch, entfällt damit auch der Gesindeordnung.

In der Tätigkeit ist also nicht der Grund dieser so verschiedenen rechtlichen Beurteilung des Dienstverhältnisses zu erblicken; es ist lediglich die Inkonsequenz unserer Rechtsgestaltung, die sich vielleicht historisch erklären mag, aber einer inneren Begründung entbehrt.

Noch ein, der letzte, Fall. Ein Handlungsgehilfe und ein Zeichner einer Textilwarenfabrik erhalten, weil der Betrieb geschlossen werden soll, dem Gesetz entsprechend die schriftliche Aufforderung zum Eintritt in den Hilfsdienst. Beide stehen unter einem Wettbewerbsverbote, d. h. ihre gewerbliche Tätigkeit ist für eine bestimmte Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses beschränkt. Dieses Wettbewerbsverbot bleibt an sich bestehen, für den Handlungsgehilfen jedoch nur mit der Einschränkung, als es dem Schutze eines berechtigten geschäftlichen Interesses des Prinzipals dient. Das schreibt das Handelsgesetzbuch vor. Die Gewerbeordnung, die für den Zeichner in Frage kommt, enthält eine solche Bestimmung nicht. Hier gilt nur die Vorschrift, daß die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreiten darf, durch welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens ausgeschlossen wird. Für den Handlungsgehilfen ist es unzweifelhaft, daß kein berechtigtes Interesse des Prinzipals ihn hindern kann, im „öffentlichen Interesse" eine gleiche oder ähnliche Stellung im öffentlichen Hilfsdienst anzunehmen. Die Interessen des Vaterlandes müssen dem Privatinteresse des Prinzipals vorgehen. Bei Streit hat der Richter das Wettbewerbsverbot aufzuheben oder zu begrenzen. Ist das nun auch beim Zeichner der Fall? Darf er nur eine, oft viel ungünstigere Stellung im öffentlichen Hilfsdienst annehmen, bei der das Wettbewerbsverbot nicht in Frage kommt? Man kann das bejahen; es hängt aber ganz vom richterlichen Ermessen ab, ob es geschieht; daher auch kann die Wirkung der gleichen Wettbewerbsverbote eine ganz verschiedene sein. Das hat nicht erst das neue Hilfsdienstgesetz bewirkt; das ist eine Wirkung des geltenden in sich widerspruchsvollen Rechts? Das Hilfsdienstgesetz deckt nur wieder einmal dieses Widerspruchsvolle des geltenden Rechts auf, zeigt erneut, wie dringend notwendig die einheitliche Gestaltung der Grundzüge unseres Arbeitsrechts ist. Ein neues Arbeitsrecht tut uns not.

Aus Groß-Berlin.

Ungewohnte Worte.

Bemerkenswerte Ausführungen machte in einer Sitzung der städtischen Körperschaften zu Hamburg-Bergedorf der dortige Bürgermeister Dr. Wolli, der kürzlich zum Bürgermeister von Pankow bei Berlin gewählt worden ist, über die Berechtigung und Notwendigkeit der Bekleidung öffentlicher Aemter durch Sozialdemokraten. Wir entnehmen den Darlegungen des Bürgermeisters:

„Die Natur des Bergedorfer Wahlrechts, das nur eine relative und keine absolute Stimmenmehrheit verlangt, kann es mit sich bringen, daß die Minorität zur Herrschaft gelangt. Das Wahlrecht ist das schlechteste, das ich kennen gelernt habe, und muß zu einer starken Erbitterung in den nichtvertretenen Kreisen führen. Dazu kommt, daß man früher sagen konnte: „Wir müssen die Sozialdemokraten, diese Aussätzigen, mit allen Kräften an die Wand drücken." Jetzt kann diese Redensart nicht mehr angewandt werden. Die Arbeiterschaft hat in diesem Kriege ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber so treu erfüllt, wie in keinem der uns feindlichen Länder. Kein Stand kann sich rühmen, daß er treuer seine Pflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllt hat als die Arbeiterschaft. . . . Wer nach den Erfahrungen dieses Krieges die Trennung unseres Volkes in zwei feindliche Lager in dieser erbitterten Schärfe wie vor dem Kriege wieder herbeiführt, versündigt sich in schwerster Weise am deutschen Volke. Das deutsche Volk, das hat dieser Krieg gezeigt, kann nur existieren, wenn es einig ist. Und diese Ansicht teilen, das kann ich aus meiner Erfahrung heraus sagen, die maßgebenden Kreise des Reiches und der Bundesstaaten. Aus diesen Erwägungen heraus muß auch hier seitens der bürgerlichen Parteien Rücksicht auf die Arbeiterschaft genommen werden, und es darf nicht geduldet werden, daß die Sozialdemokraten aus den Reihen der Bürgervertreter ausscheiden. Meine Ansicht entspricht dem Burgfrieden, der überall herrscht und sich hoffentlich auch noch in die Zeit nach dem Kriege weiter erstreckt, und ich möchte mich gegen die Auffassung kehren, als ob Burgfrieden nichts weiter hieße, als Wahrung des alten Besitzstandes. Man hat es auch allerorts richtig erkannt, und in vielen Städten sind Vertreter der Arbeiterschaft, die bisher wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung von diesem oder jenem Ehrenamt ausgeschlossen waren, an Stelle von bürgerlichen Vertretern gewählt worden, und wenn wir erkannt haben, daß die bisherige Majorisierung der Minderheitspartei ein Unrecht war, so verlangt der Burgfriede nicht die Fortdauer dieses ungerechten Zustandes, sondern er verlangt die Beseitigung der Ungerechtigkeit, damit wir uns dauernd und friedlich in gemeinsamer Arbeit für das öffentliche Wohl finden können."

Die Versammlung stimmte einmütig einem Magistratsantrag zu, worin es heißt: „Magistrat und Bürgervertretung lassen sich von der Erwartung leiten, daß bei der Wahl der Bürgervertreter im Hinblick auf die Kriegszeit ein Wahlkampf vermieden wird und halten es für angemessen, den Sozialdemokraten soviel Sitze in der Bürgervertretung einzuräumen, daß sie selbständig Anträge stellen können. Magistrat und Bürgervertretung würden es mit Freuden begrüßen, wenn die turnusmäßig ausscheidenden vier Bürgervertreter (Sozialdemokraten) wiedergewählt würden." Im Anschluß hieran sei mitgeteilt, daß kürzlich unser Bergedorfer Parteisekretär, Genosse Wiesner, auf Magistratsvorschlag in den Magistrat gewählt worden ist.

Die Verkehrsangelegenheiten.

Die wenigen Verbesserungen, die die Große Berliner Straßenbahn in ihrem Fahrplan vorgenommen hat und über die wir gestern bereits im einzelnen berichteten, vermögen in keiner Weise der Gesamtheit des nächtlichen Berufsverkehrs gerecht zu werden. Allerdings sind ja die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Es kann aber unmöglich angehen, daß die jetzigen Zustände auch nur noch Tage andauern. Längst hätten das furchtbare Gedränge zu und in den Wagen, die Perronkämpfe, das endlose Warten in Nässe und Sturm und gar das Zufußlaufen übermüdeter Männer und Frauen unnötig gemacht werden müssen.

Ueber die Tätigkeit des Verbandes Groß-Berlin für weitere Verbesserungen des Spätverkehrs wird uns gemeldet: Auf Grund des schon mitgeteilten Beschlusses des Verbandsausschusses Groß-Berlin, weitere Verbesserungen des Nachtverkehrs herbeizuführen, ist nicht nur den im Verbandsausschuß vertretenen Gemeinden, die ihre Wünsche bereits mündlich und schriftlich vorgetragen haben, sondern auch allen anderen am Straßenbahnverkehr beteiligten Gemeinden Groß-Berlins Gelegenheit gegeben worden, ihre Forderungen dem Verband Groß-Berlin zu unterbreiten. An der Hand dieser Unterlagen soll nochmals mit dem Polizeipräsidenten und den Straßenbahngesellschaften verhandelt werden. Es ist jedenfalls im Groß-Berliner Verkehrsinteresse und insbesondere in dem des Berufsverkehrs auf den Straßenbahnen dringend zu wünschen, daß der Verband Groß-Berlin in Ausübung seines Zustimmungsrechtes weitere Verbesserungen erzielen möge.

Empörte Klagen kommen immer wieder aus den Kreisen derer, die die Stadt- und Ringbahn zu benutzen gezwungen sind. Unglaubliche Szenen werden uns aus den Abend- und Nachtstunden geschildert. Die Abteile sind bisweilen so gequetscht voll, daß die Türen nicht geschlossen werden können, ja daß sogar Leute, um überhaupt mitzukommen, sich auf die Laufbretter stellen. Auch auf den häufig überfüllten Bahnsteigen geht es lebensgefährlich zu, wenn die vorn stehenden Leute von den nachdrängenden gegen die einfahrenden Züge gedrängt werden. Vor allem sollte man einmal die meist ungenügend besetzten Abteile zweiter Klasse sofort für die dritte Klasse freigeben, sobald diese besetzt ist. Wie lassen sich überhaupt in der gegenwärtigen Zeit noch die Klassenunterschiede bei den Eisenbahnabteilen rechtfertigen?

Die „Erste deutsche Ersatzmittel-Ausstellung",

die in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten jetzt zu sehen ist, verdankt ihre Entstehung der Kriegszeit. Infolge der Knappheit von Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen ist der Markt mit einer Flut von Ersatzwaren überschwemmt worden, die Zeugnis ablegen für die gewinnsuchende Findigkeit der Hersteller. Die jetzt veranstaltete Schau solcher Waren gibt keine Uebersicht über den Ersatzmittelmarkt, sondern nur einen kleinen Ausschnitt aus dem eigenartigen Bild, das er in der Kriegszeit darbietet. Ausgestellt ist hauptsächlich Ersatz für den Bedarf der Hauswirtschaft, namentlich für Lebensmittel, für Seife und andere Unentbehrlichkeiten der wirtschaftenden Hausfrau. Dazu gesellen sich Wirtschaftsgeräte, die den geänderten Bedingungen dieser ersatzgesegneten Zeit angepaßt sind. Nur vereinzelt bemerkt man auch Gegenstände, die nicht zur Hauswirtschaft gehören, z. B. Ersatz für die Gummireifen der Fahrräder, Ersatz für lederne Treibriemen. Was Ersatzmittel wert sind, darüber kann man aus einer bloßen Besichtigung schwer ein Urteil gewinnen. Es versteht sich von selber, daß Hersteller und Händler in ihren Anpreisungen solcher Waren den Mund möglichst voll nehmen. Daß aber gegenüber vielen jetzt als „Ersatz" auf den Markt gebrachten Waren vorsichtigste Zugeknöpftheit der Taschen geboten ist, haben wir schon vor mehreren Wochen an Ergebnissen der im Medizinalamt der Stadt Berlin ausgeführten Untersuchungen gezeigt. Gegen die Herstellung von Ersatz, der mit dieser Bezeichnung in den Handel gelangen soll, ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Kein Verständiger wird jeden Ersatz von vornherein für Schwindel halten. Ersatz braucht nicht einmal immer minderwertig zu sein gegenüber dem, was er ersetzen soll. Die Ausstellung enthält dann auch manches Ersatzmittel, das ganz annehmbar scheint. Aber daneben fehlt es nicht an anderen, über die man sich allerlei Gedanken machen muß. Die Angaben über die Zusammensetzung wirken mitunter sehr belehrend dadurch, daß man dies und das — vermißt. Ein „Trost" ist's, wenn man liest, daß der angebotene „Ersatz" wenigstens wie das entbehrte Nahrungsmittel „schmeckt".

Zur Eierversorgung Berlins.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats schreibt:

Trotz der jetzigen ungünstigen Produktionsverhältnisse hat es sich ermöglichen lassen, daß vom Freitag dieser Woche ab bis Ende Januar jedem Einwohner der Stadt Berlin ein Ei gewährt wird. Es kann allerdings in dieser, der Eiererzeugung so ungünstigen Jahreszeit auf einen durchaus regelmäßigen Eingang der Zufuhren nicht immer gerechnet werden, daher wird der Eierverkauf in den Geschäften wohl nur allmählich vor sich gehen können. Es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß jeder Eierkarteninhaber auf dem Abschnitt 13 der neuen Eierkarte auch ein Ei erhalten wird. Die Karte hat eine neue, den inzwischen veränderten Verhältnissen mehr angepaßte Einrichtung erhalten. Die Inhaber der Bezugskarten erhalten Eier auf Abschnitt 16. Der Magistrat wird künftig zugleich mit dem Nummeraufruf die Gültigkeitsdauer des aufgerufenen Abschnitts sowie die Höhe der auf diesen zu verabfolgenden Eiermengen jedesmal bekannt machen. Es ist den Einwohnern in ihrem eigenen Nutzen zu empfehlen, den Bekanntmachungen genaue Beachtung zuzuwenden. Wie die Versorgung nach dem 31. Januar sich gestalten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Sie richtet sich nach der Witterung. Ist diese kalt, so ist die Legetätigkeit der Hühner gering und die Versorgung der Einwohnerschaft demgemäß ungünstig. In anderem Falle ist eine Besserung in der Versorgung mit den wichtigen Nahrungsmitteln zu erhoffen.

Haferflocken für bedürftige Schwangere Berlins haben der Gemeinnützige Verein für Milchausschank zu Berlin und der Berliner Frauenverein gegen den Alkoholismus den Städtischen Säuglingsfürsorgestellen zur Verfügung gestellt. Jede bedürftige Schwangere erhält hier in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung je ein Pfund Haferflocken.

Ueberwachung der Preise von Tabak und von Schuhwaren.

Um eine Kontrolle der Preise für Zigarren und Tabak zu ermöglichen und um zu verhindern, daß auch für diesen Artikel die Kriegszeit für Erzielung von Wucherpreisen ausgenutzt wird, werden jetzt von kommunaler Seite Verkaufsverzeichnisse für Zigarren, Zigaretten, Tabak und andere Tabakfabrikate eingeführt. Demnach ist jeder Detailhändler verpflichtet, ein Verzeichnis zu führen, in welchem alle Sorten aufgeführt werden, die er feilhält. Dieses Verzeichnis hat bei jeder Sorte den Kleinhandelspreis zu enthalten. Eine Erhöhung und Aenderung des einmal eingetragenen Preises ist nicht gestattet. Ferner sind die Kleinhändler verpflichtet, ihre Einkaufsrechnungen und Belege geordnet zur Einsicht für die Beauftragten der Preisprüfungsstelle aufzubewahren. Wichtig ist die Bestimmung, die festsetzt, daß, wenn eine spätere Sendung einer Marke teuerer geworden ist als früher, die teuere spätere Sendung erst dann zum Verkauf gebracht werden darf, wenn der alte Lagerbestand der früheren Sendung der gleichen Marke zum alten Kleinhandelspreis vollständig ausverkauft ist.

Aehnlich diesen Bestimmungen hat eine Reihe von deutschen Städten für die Schuhmacher, die Inhaber von Besohlanstalten usw. bestimmt, daß sie eine Lagerliste zu führen haben, in der ihre Warenvorräte, der Einkaufspreis und Name und Wohnung der Lieferanten einzutragen sind. Ferner haben die Inhaber von Schuhgeschäften, Schuhmacherwerkstätten und Besohlanstalten eine Reparaturliste zu führen, die Auskunft geben muß über Namen und Wohnung des Auftraggebers, für den die Reparatur vorgenommen wird, Bezeichnung der übertragenen Arbeit (Art der Reparatur usw.), Bezeichnung der verbrauchten Ledermenge (Ersatz, Abfallstoffe), aufgewendete Arbeitszeit, Gesamtforderung für die Reparatur, Tag der Ablieferung, unter genauer Bezeichnung des in Rechnung gestellten und bezahlten Betrages.

Lebensmittelpakete aus dem Ausland.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat Anweisung erhalten, alle aus Dänemark und den Niederlanden mit Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Speck, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern vom 1. Januar 1917 ab zu beschlagnahmen und Freigabeanträge abzulehnen, wenn nicht durch einen konsularischen Ausnahmeschein, der den sonstigen Postbegleitpapieren beigefügt ist, nachgewiesen wird, daß für die einzelne Sendung von dem kaiserlichen Generalkonsulat Ausnahme bewilligt worden ist.

Derartige Ausnahmescheine sind nur zu erteilen: 1. für Postpaketsendungen an Gesandte, Konsuln sowie an Gesandtschafts- und Konsulatsbeamte aller neutralen Staaten in Deutschland ohne Beschränkung der Menge, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lebensmittel nur für den Verbrauch im Haushalt der Empfänger bestimmt sind, 2. für Postpaketsendungen an dänische, oder niederländische Staatsangehörige aus Dänemark oder

den Niederlanden mit der Beschränkung, daß die Lebensmittel als Geschenk geliefert werden und nur für den Verbrauch in dem Haushalt der Empfänger bestimmt sind, ferner, daß monatlich nicht mehr als insgesamt 5 Kilogramm Butter, Schmalz und Margarine, insgesamt 10 Kilogramm Fleisch, Fleischwaren und Speck, insgesamt 5 Kilogramm Käse und insgesamt 5 Kilogramm Dauermilch aller Art und 60 Stück Eier bezogen werden können. 3. In sonstigen Fällen sind Ausnahmescheine nur beim Vorlegen besonderer Gründe zu erteilen, z. B. wenn ein Deutscher Butter, Fleisch usw. von seinen in Dänemark oder den Niederlanden gelegenen landwirtschaftlichen Betrieben beziehen will. Verwandtschaftliche Beziehungen oder geschenkweise Zuwendung allein sind kein Grund zur Ausnahmebewilligung.

Alle ohne solche konsularische Ausnahmescheine eingehenden Postpaketsendungen mit Butter, Fleisch usw. werden in Zukunft von der Post an die Sammelstelle der Zentral-Einkaufsgesellschaft geleitet werden und beschlagnahmt bleiben. Das gleiche gilt von solchen Butter-, Fleisch- usw. Mengen, die in gemischten Paketen mit anderen als den hier genannten Waren, z. B. Kaffee, Tee usw. zusammen verpackt sind. Die mit einem konsularischen Ausnahmeschein versehenen Postpaketsendungen werden von der Post ohne weiteres an den Bestimmungsort weitergeleitet und dort ausgehändigt werden.

Das Berliner Adreßbuch für 1917 gelangt von heute ab nur im Erdgeschoß des Hauses Kochstraße 28/29, wochentäglich vormittags von 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr an die Vorbesteller gegen Aushändigung der ihnen zugegangenen Ausweiskarte zur Ausgabe. Die Zustellung der nicht abgeholten, vorbestellten Bücher gegen eine Uebersendungsgebühr von 30 Pf. für jedes Buch beginnt vier Tage später, doch kann unter den jetzigen Verhältnissen für umgehende Zustellung keine Verpflichtung übernommen werden. Es empfiehlt sich daher, nicht auf die Zustellung zu warten, sondern die Bücher rechtzeitig abholen zu lassen. — Der Verkauf nicht vorbestellter Adreßbücher zu dem um 2 M. höheren Ladenpreise findet nur im Laden des Verlages August Scherl G. m. b. H., Jerusalemer Straße 52, statt.

Schließung weiterer Zweigpostämter. Zwei Zweigpostämter im Bezirk der kaiserlichen Oberpostdirektion Berlin werden für die Dauer des Krieges geschlossen: das Postamt Berlin-Friedenau 2 von 10. Januar an und das Postamt Charlottenburg 8 vom 11. Januar an.

Der neue Fahrplan Berlin—Hamburg—Köln. Die Schnell- und Eilzugverbindungen zwischen Berlin und Hamburg gestalten sich vom 10. Januar an folgendermaßen: Von Berlin fährt man 6.18, 8.40 vormittags, 12.30, 5.15 und 6.50 nachmittags. Man ist in Hamburg 11.54, 1.26, 5.02, 10.52, 11.25, 12.53 fährt man nach Lübeck und Kiel, an Kiel 7.04. Aus Hamburg fährt man nach Berlin 5.43, 8.37 vormittags, 4.20, 6.08, 8.23 nachmittags, an Berlin 1.52, 1.33, 8.57, 11.54 und 12.57. Aus Kiel fährt man 2.52, an Berlin 9.08. Nach Wilhelmshaven fährt man wie bisher von Berlin-Friedrichstraße 11.20 nachmittags, kommt aber nach Hannover 3.24, nach Bremen 6.55, nach Oldenburg 8.00, nach Wilhelmshaven 9.04. Mittags fährt man von der Friedrichstraße 11.11, von Hannover 3.52 und ist in Bremen 5.53, in Oldenburg 7.01, in Wilhelmshaven 8.08. Aus Wilhelmshaven fährt man 5.40 früh, von Oldenburg 6.45, von Bremen 7.55 und kommt über Uelzen wie bisher auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin 1.22 an. Auf der Strecke Hamburg—Bremen—Münster—Köln ändert sich der Fahrplan der meisten Schnellzüge. Man fährt von Hamburg 9.35 vormittags, von Bremen 11.42 und ist in Münster 2.43, in Köln 6.20; Hamburg ab 2.33, Bremen 4.28, Münster an 7.13, Köln 10.41; Hamburg ab 4.01 nachm., Bremen 6.00, Münster an 8.50, Köln 12.07; Hamburg ab 11.21 nachts, Bremen 1.22, Münster an 4.17, Köln an 7.28. Von Köln fährt man 11.30 nachmittags, Münster 2.58, Bremen an 5.23, Hamburg 7.19; Köln ab 6.50, Münster 10.21, Bremen an 1.09, Hamburg 2.48; Köln ab 10.02, Münster 1.05, Bremen an 3.40, Hamburg 5.45; Köln ab 1.42, Münster ab 5.08, Bremen an 8.02, Hamburg 10.04; Köln ab 4.58 nachmittags, Münster ab 8.24, Bremen an 11.09, Hamburg 1.10.

Neue Schnellzugsfahrzeiten Berlin—Leipzig und Frankfurt. Der Fahrplan der Schnellzüge ist in letzter Stunde auch auf der Strecke Berlin—Halle in größerem Umfang geändert worden. Insbesondere ist die Abfahrt von Berlin verlegt worden. Man fährt jetzt nach Frankfurt schon 7.18 vorm., nach München 7.35, nach Halle 9.31, nach München 10.26, nach Frankfurt 1.17 nachm., nach Leipzig—Reichenbach 6.22, nach Frankfurt-Leopoldshöhe 7.40, nach Stuttgart 7.56, nach München 8.24, nach Frankfurt-Leopoldshöhe 8.40, nach München 10.18. Auch die Ankunft in Berlin ändert sich bei einigen Zügen. Man kommt aus München an 6.52 vorm., aus Halle 2.53 nachm., Leipzig 3.04, Stuttgart 11.17 nachm. Bei anderen Zügen ändert sich der Fahrplan unterwegs, wenn auch die Ankunft dieselbe bleibt.

Vorträge über Gartenarbeiten und Gemüsebau. Gartendirektor Lesser (Steglitz) beginnt als Dozent der Humboldt-Akademie seine gemeinverständlichen Vorlesungen über „Gartenarbeiten im Frühjahr" und „Gemüsebau im Hausgarten" am Montag, den 15. d., Niederwallstr. 12, abends 8 Uhr bezw. 9 Uhr.

Die Schlierseer, die bekannte bayerische Bauerntruppe, beginnt am heutigen Mittwoch ein Gastspiel im Rose-Theater. Den Mittelpunkt des Ensembles bildet wieder, wie seit Jahren, der unverwüstliche Komiker Xaver Terofal. Als Eröffnungsstück wird „St. Georg, der Drachentöter" gegeben.

Ein Hehlernest ausgehoben. Ein Schankwirt in der Kaiserstraße trieb einen lebhaften Handel mit Seidenwaren, Teppichen und dergleichen mehr. Die Kriminalpolizei wurde darauf aufmerksam und beobachtete, daß Kutscher eines Großbetriebes und von Spediteuren Waren dieser Art, die sie zu befördern hatten, bei dem Mann abluden und in einem Hinterraum verstauten. Der Wirt verkaufte die Sachen an einen Resterhändler in Lichtenberg. Er wurde am Sonntag wegen fortgesetzter Hehlerei verhaftet. Unter den beschlagnahmten Waren fand man auch für über 10 000 Mark Beutestücke aus einem großen Einbruch, der erst in einer der letzten Nächte verübt wurde.

Gymnasiasten als Schwindler. In Schöneberg und Umgebung trieben seit einiger Zeit Quittungsschwindler ihr Unwesen, die es hauptsächlich auf Hauswirte und Portiers abgesehen hatten. Diesen legten sie Quittungen, die von bekannten Firmen auf einen Mieter des betreffenden Hauses ausgestellt waren vor und veranlaßten sie, den Betrag, gewöhnlich waren es 4 oder 5 M., für den angeblich abwesenden Mieter zu verauslagen. Hinterher stellte es sich heraus, daß die Quittungen gefälscht waren. Jetzt ist es der Schöneberger Kriminalpolizei gelungen, die Schwindler zu ermitteln und festzunehmen. Es sind Gymnasiasten im Alter von 14 bis 17 Jahren, die die Schwindeleien in sehr gerissener Weise gemeinschaftlich ausgeführt haben. Sie hatten sich Quittungsformulare anfertigen lassen und sich auch einen Firmenstempel zu verschaffen gewußt. Das Geld verausgabten die hoffnungsvollen jungen Leute für allerlei Näschereien und für den Besuch von Kinos.

Ein Wilderer auf der Flucht erschossen. Auf einem Acker vor der Stadt Beelitz bemerkte Montag ein Landwirt einen Mann, der sich in der Nähe des Jagdhauses zu schaffen machte. Plötzlich fiel ein Schuß und nach kurzer Zeit fuhr der Fremde auf einem Fahrrade davon. Der Landwirt benachrichtigte den in der Nähe wohnenden Privatförster Schumann. Beide Männer nahmen die Verfolgung des Radlers auf und es gelang ihnen, diesem den Weg abzuschneiden. Der Förster rief den Radfahrer an, forderte ihn mehrmals auf, zu halten, und gab dann, als der Aufforderung nicht entsprochen wurde, auf den Flüchtenden einen Schuß ab. Mit einem Aufschrei stürzte der Mann vom Rade und blieb liegen. Als die Verfolger hinzukamen, war er bereits tot. Die Kugel war in den rechten Oberschenkel gedrungen und hatte die Schlagader durchbohrt. Der Getötete wurde als der 48jährige Maschinenwärter Ferdinand Kaay festgestellt, der seit einer Reihe von Jahren in den Berliner Heilstätten in Beelitz angestellt war. In seinem Rucksack fand sich eine zerlegbare Jagdflinte und ein frischgeschossener Hase. Die Leiche des K. wurde polizeilich beschlagnahmt, eine behördliche Untersuchung des Falles ist eingeleitet.

Ein betrügerischer Sanitätssoldat, der sich Breier oder Bräuer nannte, in Wahrheit aber Peter v. Witzenhausen heißt, ist nach Verübung zahlreicher Gaunereien in Potsdam verhaftet worden. Bis jetzt sind ihm gegen 20 Betrugsfälle nachgewiesen.

Tödliche Fleischvergiftung. Die in dem Hause Weißenburger Straße 51 in Spandau wohnende Witwe Richter hatte von einem dortigen Schlächter Rindfleisch gekauft, von dem ein Rest bis zum Abend des vierten Tages stehen blieb, um dann von Frau Richter, ihrer verwitwkten Tochter Frau Spohrs und deren 13- und 8jährigen Kindern verspeist zu werden. In der Nacht stellte sich bei allen vier Personen Uebelkeit, Erbrechen und Leibweh ein. Leider wurde ein Arzt nicht zu Rate gezogen, die Erkrankten blieben auch den nächsten Tag ohne ärztliche Hilfe, und am folgenden Tage starb die 13jährige Tochter, die am meisten von dem Fleisch gegessen hatte. Der zur Leichenschau hinzugezogene Arzt gab als Todesursache Fleischvergiftung an, worauf dann die Behörde einschritt und dafür sorgte, daß den übrigen Erkrankten ausreichende ärztliche Hilfe zuteil wurde. Frau Richter, ihre Tochter und die achtjährige Enkelin scheinen sich sämtlich außer Gefahr zu befinden. Das Fleisch war bei seiner Entnahme vom Schlächter einwandfrei und ist offenbar erst durch das mehrtägige Liegen schlecht geworden.

Auf der Diebesjagd gestorben. In der Nacht zu Montag war im Feinkostgeschäft von Nogge, Kurfürstendamm 127, ein Einbruch verübt worden. Die Täter wurden von der Portierfrau R., die verdächtige Geräusche gehört hatte, beobachtet. Die Frau eilte auf die Straße und es gelang ihr auch bald, einen Schutzmann anzutreffen. Als beide nun schnell nach dem Hause liefen, um die Einbrecher zu überraschen, brach Frau R. plötzlich an der Halensee Brücke bewußtlos zusammen. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte fest, daß die Frau einem Herzschlage erlegen war, der auf die ausgestandene Erregung zurückzuführen sein dürfte. — Die Einbrecher waren inzwischen unter Zurücklassung ihrer Beute geflüchtet.

Ein Opfer des Sturmes, der einige Tage in Berlin und Umgebung tobte, ist ein kleines Mädchen in Spandau geworden. Von einem im dortigen Nordhafen vor Anker liegenden Kahn des Schiffseigners Wernicke wurde durch die Gewalt eines plötzlich einsetzenden Windstoßes die dreijährige Tochter des Schiffers ins Wasser geschleudert. Da zur Zeit des Unfalles von der Schiffsbesatzung niemand an Bord war, ist das Kind ertrunken. Erst später wurde die Kleine vermißt. Die Leiche konnte bald geborgen werden.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

In der Sitzung am Montag wurde zunächst die Konstituierung des Bureaus vorgenommen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde wiederum Dr. Graf v. Matuschka und zum Stellvertreter Wolf Zitelmann gewählt. Als Beisitzer fungieren Genosse Rottländer und von den Liberalen Brunhuber. Auch im neuen Jahre bleibt der Montag als Sitzungstag bestehen, die Sitzungen beginnen um 6 Uhr.

Die Nachbewilligung von 8100 M. für den Bau einer Schweinemästerei und -züchterei wird sodann dazu benutzt, auf die letzten Aeußerungen des Herrn v. Batocki, die Lebensmittelversorgung einzugehen. Stadtrat Dr. Licht erklärte, bis jetzt sei noch nichts geschehen, aber das müsse dem Präsidenten nachgesagt werden, er habe versucht, alles zu tun, die Lebensmittel möglichst gleichmäßig zu verteilen, und das sei ihm auch gelungen. Für die Gemeinden Groß-Berlins müsse eine Beratungsstelle anstatt eine Beschaffungsstelle eingesetzt werden. Bei dem Einkauf gehe man nicht zu einem Hofrat, sondern zu einem Fachmann. Man solle den Bauern bestimmte Preise gewährleisten, den Wucher aber lahmlegen. Eine Reichsverwaltungsstelle müsse geschaffen werden und die Aufsicht über Erzeugung und Verteilung schärfer einsetzen. Hätte Herr v. Batocki sich die „Kommunale Praxis" besser angesehen, dann hätte viel Unrichtiges und Unerhörtes gehindert werden können. Die Gemeinden hätten unter den Preistreibereien gewaltig zu leiden. In Groß-Berlin sei es äußerst schwer, das Spiel der freien Kräfte walten zu lassen. — Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. — Die wissenschaftlichen Hilfslehrer und -lehrerinnen sollen anstatt 2100 M. Jahresgehalt nunmehr 2400 M. erhalten. Genosse Küter erklärte, gegen diese Erhöhung nichts einwenden zu wollen, aber, wenn anerkannt werde, daß diese Gehälter zu gering seien, um so notwendiger wäre die Erhöhung der Gehälter der bei der Teuerungszulage ausgefallenen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Er bedauerte, daß der eingesetzte Ausschuß nicht einberufen werde. — Der Vorsteher Graf v. Matuschka teilte mit, daß die Ausschußsitzung stattfinden sollte, wegen Verhinderung mehrerer Herren der anderen Fraktionen aber ausfallen mußte. — Aus einem vorgelegten Bericht war zu ersehen, daß sich die Klassenfrequenz der Gemeindeschulen im wesentlichen nicht geändert hat. Der Durchschnittssatz der Klasse beträgt ohne Hilfsklassen 43,9 Schüler und mit 44,6 Schüler. Die Schulen besuchen insgesamt 6455 Knaben und 6591 Mädchen, zusammen 13 046 Kinder.

Die Stadtgemeinde Neukölln um 210 000 Mark betrogen.

Ein großer Warenbetrug ist gegen die Stadtgemeinde Neukölln verübt worden. Der Magistratsbeamte B., der dort als Abteilungsvorsteher die Lebensmittelsachen bearbeitet, erhielt kurz vor Weihnachten den Besuch eines österreichischen Soldaten Fritz Schallgo, den er von früher her dem Namen nach kannte. Schallgo, der mit seiner Frau in der Zähringerstraße 26 wohnte, bot ihm einen Waggon holländische Plockwurst für den Magistrat von Neukölln an. Er berief sich auf zwei Herren, die bei ihm wohnten, einen angeblichen Oberleutnant Fritz Hammer, der Bevollmächtigter für einen Grafen Fritz von Pappenheim sein sollte, und auf einen Kaufmann Rösner. Der Magistratsbeamte wurde aber mit Schallgo nicht einig. Gleich nach den Feiertagen kam dieser wieder und brachte den „Oberleutnant Hammer" mit. Er wiederholte sein Angebot, dehnte es aber noch auf einen Waggon geräucherten fetten Speck aus. Die Waren sollten auf dem Bahnhof in Aachen stehen. Sie müßten gleich versandt werden, damit die Bahnverwaltung wegen ihres Ursprungs nicht Verdacht schöpfe, weil sie auf Militärfrachtbrief liefen. Nach längerer Verhandlung, in der sich Schallgo und Hammer auch über die Eigentumsverhältnisse gründlich ausließen, kaufte der Magistratsbeamte die beiden Waggons und gab die Verladungsanweisung: Magistrat Neukölln, Station Neukölln. Nach der Vereinbarung mußte die Zahlung am nächsten Tage bis mittags bei der Essener Kreditanstalt gegen Ausfolgung der Duplikatfrachtbriefe erfolgen. Der Beamte wies das Geld auf seinen Namen telegraphisch an, fuhr dann selbst nach Essen und zahlte das Geld auf der Bank an Hammer aus. Der Frachtbrief, der vorgelegt wurde, war ordnungsmäßig adressiert und abgestempelt. Hammer übergab auch noch Schlüssel, die die Wagenschlüssel sein sollten, und quittierte über den Empfang der 210 000 M. Als die Ware nach 8 Tagen noch nicht eingetroffen war, fragte der Magistratsbeamte in Aachen telephonisch an und erhielt den Bescheid: Bis heute sind keine Sendungen Militärgut nach dort versandt worden. Als er sich jetzt nach den Vermittlern der Waren umsah, erhielt er die Auskunft, daß Hammer am 3. d. M. abends nach Breslau abgereist sei. Rösner soll nach den Ermittlungen angeblich nach Düsseldorf abgereist sein. Ebenso ist Frau Schallgo mit ihrem Manne, dessen Urlaub am 31. v. M. abgelaufen sein sollte, abgereist, angeblich nach Budapest. Auch der vermeintliche Graf ist in seiner Wohnung nicht mehr aufzufinden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das ganze Geschäft, das die Drei, die miteinander in enger Verbindung standen, ein großes Schwindelunternehmen war.

Schließung von Eingangsportalen zum Neuköllner Rathaus. Der Magistrat hat sich anläßlich gewisser Vorkommnisse und Beobachtungen genötigt gesehen, eine teilweise Schließung der zahlreichen Eingänge zum Neuköllner Rathause anzuordnen. Danach bleibt in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends nur der Haupteingang zum neuen Bauteil geöffnet. Die an der Ecke der Schönstedtstraße und Donaustraße sowie der Berliner Straße Ecke Erkstraße belegenen Zugänge werden lediglich während der Dienststunden von 8 bis 3½ Uhr für den Publikumverkehr offen gehalten, dagegen bleiben die beiden Portale in der Schönstedtstraße und Donaustraße gänzlich geschlossen.

Vermehrung der Köpenicker Kriegsgarnison.

Die Kriegsgarnison Köpenicks wird in Kürze nicht unerheblich verstärkt. Die Stadt erhält ein ganzes Ersatzbataillon zu der bisherigen Garnison, und zwar das des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 203, das bisher auf dem Truppenübungsplatz in Wünsdorf in Quartier lag. Die neue Kriegsgarnison, die zum größten Teile in der Kolonie Wendenschloß untergebracht werden soll, wird voraussichtlich am 22. Januar in Köpenick einrücken. (x)

Lebensmittelnachrichten aus Pankow. Vom heutigen Tage ab gelangt in den durch Anschläge kenntlich gemachten Geschäften ein Posten Graupen und Grieß zum Verkauf.

Auf den Abschnitt 55 der Lebensmittelkarte können 100 Gramm Graupen, auf den Abschnitt 56 100 Gramm Gries abgegeben werden.

Der Preis beträgt für je 100 Gramm Graupen 0,06 M., für Grieß 500 Gramm 0,28 M., 300 Gramm 0,17 M., 100 Gramm 0,06 M.

Die Verkäufer sind verpflichtet, beim Verkauf die betreffenden Nummerabschnitte der Lebensmittelkarte abzutrennen.

Zusatzkartoffelkarten für Schwerarbeiter müssen besonders beantragt werden. Vordrucke, die in der Brotkommission Schönholzer Str. 1 zu haben sind, müssen spätestens bis zum 15. d. M. dorthin zurückgesandt werden.

Soziales.

Entlastung der Gerichte.

Bei der Beratung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wurde auf die große Zahl der waffenfähigen Personen hingewiesen, die dem Heeresdienst durch die Justiz bezw. die auch durch den Krieg nur wenig eingeschränkte Prozeßsucht entzogen werden. Diese Tatsache veranlaßten den Herausgeber der „Deutschen Juristen-Zeitung" nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Gerichte weiter zu entlasten. Er läßt dabei dahin gestellt sein, ob man so weit gehen könne, wie in Zeiten der Gerichtsferien, nur die dringenderen Prozesse zum Austrag zu bringen, für wichtiger hält er Maßnahmen, die geeignet sind, der Prozeßsucht zu steuern. Deshalb schlägt er vor, daß durch Kriegsnotverordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Gebühren ganz erheblich erhöht, und daß auf dem Gebiete der Strafrechtspflege weitgehende Reformen eingeführt werden sollen. Als solche faßt er ins Auge: Die Absetzung der Richterzahl in den Senaten der Oberlandesgerichte und in den Strafkammern, die Erweiterung der Zuständigkeit der Einzelrichter, Schöffengerichte und Strafkammern und die Einschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichte. Er hofft, daß durch diese Maßnahmen eine derartige Entlastung der Gerichte herbeigeführt werden kann, daß zahlreiche jetzt in den Bureaus der Anwälte und bei den Gerichten festgehaltene Personen für den Heerdienst und den vaterländischen Hilfsdienst freigestellt werden.

Um zu erfahren, wie die Juristen selbst darüber denken, hat er eine Umfrage veranstaltet, wobei er auch Staatsmänner, Parlamentarier u. a. befragte. Die eingegangenen Antworten, 63 an der Zahl, stimmen den gegebenen Anregungen einmütig zu. Unter den Befragten befindet sich auch der Reichskanzler. Mit der Beschränkung der Gerichtstätigkeit kann man sich in recht vielen Fällen wohl einverstanden erklären. Bedenklich erscheint uns die vorgeschlagene Erhöhung der Gebühren und die Einschränkung der Befugnisse der Schwurgerichte. Gewiß, es soll nur ein Nothehelf sein, aber hier muß allen Anfängen ein „Hände weg" zugerufen werden, zumal der Prozeß Schiffmann, auf den Lippmann hinweist, in seiner Art doch nur eine Einzelerscheinung ist. Und noch eins: so sehr das Volk verstehen würde, wenn die Prozesse nach Möglichkeit eingeschränkt werden, in einem Punkt vor allem fordert es eine rasche und möglichst ausgedehnte Justiz. Das ist der Lebensmittelwucher. Hier können die Gerichte nicht schnell und auch nicht umfassend genug arbeiten. Auch auf dem Gebiete der sozialen Rechtspflege darf das Gerichtsverfahren nicht leiden.

Ernährungsschwierigkeiten und Krankenpflege.

Die Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat vor einigen Wochen eine Umfrage bei den für sie tätigen Kassenärzten über die Wirkung der zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten auf die Kranken der Kasse veranstaltet. Das Ergebnis dieser Ermittelung hat die Ueberzeugung noch mehr befestigt, daß zahlreiche und namhafte gesundheitliche Schädigungen der Kassenmitglieder auf ungenügende Nahrung zurückzuführen sind und auch die Widerstandskraft der Kranken dadurch geringer wird. Solche Beobachtungen wurden ganz besonders bei weiblichen Mitgliedern, und hier wieder hauptsächlich bei Blutarmen, Nervösen und Tuberkulösen, gemacht.

Der Kassenvorstand ist nach eingehenden Erwägungen, auf welche Weise die Kräfte der besonders geschwächten erwerbsunfähigen Kassenmitglieder zu heben sind, zu dem Beschluß gelangt, diesen Kranken in allen Fällen, in welchen die behandelnden Kassenärzte dies für angebracht halten, auf Rechnung der Kasse Mittagessen aus den öffentlichen Küchen zu bewilligen. Auf ärztliche Verordnung empfangen die Patienten in der für sie zuständigen Zahlstelle besondere Speisekarten, von welchen täglich in der nächsten Speiseanstalt ein Tagesabschnitt abgetrennt und dagegen eine Portion Mittagessen ausgehändigt wird.

Die großen Kommunen Berlins haben sich sofort bereit erklärt, die Karten der Kasse in Zahlung zu nehmen und es ist bestimmt anzunehmen, daß dies auch von den kleineren Gemeinden geschehen wird.

Gerichtszeitung.

Wucher mit Speck.

Ein Fall von Speckhandel zu Wucherpreisen ohne Fleischkarte kam in einer Verhandlung vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts zur Sprache. Der Schlächtergeselle Bulik klagte gegen den Schlächtermeister Petticha auf Schadenersatz wegen kündigungsloser Entlassung. Der Beklagte, der als österreichischer Soldat sich gegenwärtig hier in Urlaub befindet, behauptete, seine Frau, die seit seiner Einziehung das Geschäft betreibt, sei von dem Kläger in ungebührlicher Weise belästigt worden. Deshalb habe sie diesen mit Recht ohne Kündigung entlassen. Es stellte sich in der Verhandlung heraus, daß Frau Petticha Speck zu Wucherpreisen an gewisse

Kunden ohne Fleischkarten abgegeben und der Kläger Bulik sich an diesem unlauteren Handel beteiligt hat. Wie Bulik angab, wollte er von Frau Petticha 14 Pfund Speck zu 5,50 M. das Pfund haben. Die Frau verlangte einen höheren Preis und berief sich darauf, daß andere Leute mehr zahlten. Hierüber kam es zu einem Streit, in dessen Verlauf Bulik drohte, er werde, wenn er den Speck nicht bekomme, den ganzen Handel der Polizei anzeigen. Darauf gab die Frau klein bei und überließ dem Kläger 14 Pfund Speck, das Pfund zu 6 M. Gleichzeitig sprach sie die Entlassung aus, indem sie Bulik aufforderte, er solle machen, daß er hinauskomme. Bulik ging und ersuchte die Frau, ihm die Rechnung über den Speck sowie seine Invalidenkarte zuzuschicken. Der Schlächtermeister bestritt nicht, daß seine Frau einen Speckhandel dieser Art betrieben hat. Den Speckhandel mit dem Kläger gab er ausdrücklich zu und verlangte vor Gericht, daß Bulik den Speck bezahle. Schließlich kam ein Vergleich dahin zustande, daß der Beklagte auf die Bezahlung des Specks verzichtet und der Kläger seine Schadenersatzansprüche wegen der Entlassung fallen läßt.

Ein sechsköpfiges Wucherer-Konsortium.

Ein aus sechs bekannten Dresdner Persönlichkeiten bestehendes Wucherkonsortium hatte sich vor dem Dresdner Landgericht wegen Seifenwuchers zu verantworten. Zwei dieser Ausbeuter, der frühere Inhaber des Dresdner Ausstellungspalastes, der Halbmillionär Paul Artur Hohlfeldt und der Bierreisende und ehemalige Fleischermeister Ernst Hauenstein, wurden erst kürzlich wegen Speiseölwuchers zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt. Auch in dem jetzt vorliegenden Falle war der Angeklagte Hohlfeldt die Seele des Komplotts, er fungierte als Geldgeber, hielt sich aber vorsichtigerweise von den eigentlichen „Handelsgeschäften" fern. Wenige Tage vor Beginn des jetzigen Prozesses „erkrankte" Hohlfeldt plötzlich und zog sich in ein Sanatorium zurück. Das Gericht durchschaute jedoch die Absicht der Verschleppung und erließ einen Haftbefehl. Infolge seines Nichterscheinens konnte nur gegen drei Mitglieder des Wucherkonsortiums, nämlich gegen den Kaufmann Ernst Körbis aus Zwickau, den Kaufmann Heinrich Stransky aus Reichenau und den Warenagenten Walter Arndt aus Frankenberg verhandelt werden. Gegen Hohlfeldt, Hauenstein und den Kaufmann Samuel Engel aus Stargardt mußte ein neuer Verhandlungstermin anberaumt werden. Im März vorigen Jahres kaufte Körbis von Engel einen großen Posten Seife und bezahlte das Pfund — es waren gegen 900 Kilo — mit 1,30 M. bis 1,60 M.; schon nach wenigen Tagen ging die Seife in andere Hände über und wurde mit 1,77 M. das Pfund gehandelt. Der Angeklagte Arndt veräußerte die Ware wiederum an den Mitangeklagten Stransky und erreichte ebenfalls einen bedeutenden Uebergewinn. Stransky brachte die Seife dann endlich im Drogengeschäft seines Sohnes mit bedeutendem Nutzen zum Verkauf. Das Gericht erkannte gegen Körbis auf 600 M. Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis, gegen Arndt und Stransky auf je 250 M. oder 25 Tage Gefängnis.

Aus aller Welt.

Drei Bergleute verschüttet.

Auf dem Rosenberg-Schacht der Aktiengesellschaft „Glückauf" ereignete sich Montagmittag ein schwerer Unglücksfall, indem durch Schwimmsand ein Stollen zu Bruche ging und drei Bergleute verschüttet wurden. Dienstag früh gegen 4 Uhr war noch ihr Klopfen vernehmbar. Es wird eifrig an der Bergung gearbeitet, so daß Hoffnung besteht, ihnen noch rechtzeitig zu Hilfe zu kommen.

Die Prinzessin Chimay, die die Skandalchronik der Sensationspresse zweier Welten wiederholt beschäftigt hat, ist gestorben. Sie war die Tochter und Erbin des millionenschweren amerikanischen Holzkönigs Ward und wurde die Gattin eines dem keuschen Leopold nahe verwandten Prinzen. Diesem brannte sie mit dem geigenden Zigeunerprimas Rigo durch, in dessen Gesellschaft sie binnen kurzer Zeit ihr ganzes Vermögen verjuxte. Als dritten Eheherrn erkor sie sich dann einen italienischen Eisenbahnagenten, der ihren Ansprüchen auf die Dauer aber auch nicht zu genügen vermochte. Schließlich versuchte sie ihr Glück auf den Brettern des Tingeltangels und ist kurz vor dem Kriege auch in Berlin, übrigens ohne Erfolg, aufgetreten.

Aus dem sonnigen Süden wird gemeldet: In ganz Oberitalien herrscht starker Schneefall, verschiedentlich liegt der Schnee meterhoch. Die Verbindung zwischen Mailand und Lugano ist unterbrochen.

Briefkasten der Redaktion.

— **J. J. 01.** 1, 2 und 3. Die Herrschaft wäre wohl dazu verpflichtet, wir würden aber bei der Geringfügigkeit des Objekts nicht zur Klage raten, zumal der Gerichtsstand für die Klage auswärts ist und eine persönliche Vertretung vor Gericht erfolgen muß. 4. In zwei Jahren. — **R. Sch. 328.** Wenn eine ordnungsgemäße Ausbildung des Lehrlings jetzt nicht mehr erfolgt, so können Sie auf Lösung des Lehrvertrages klagen. Wegen der kurzen Lehrzeit, die für den Lehrling noch besteht, wäre sie wohl aber nicht zu empfehlen. — **M. A. 98.** Ja. — **25 J. Abon.** Die Anwartschaft auf die Bezüge aus der Krankenversicherung wird durch Weiterversicherung durch Zahlung von Beiträgen aufrecht erhalten. Diese Weiterversicherung muß bei der Krankenkasse erklärt werden. Die Ansprüche aus der Invalidenversicherung werden durch die Einberufung zum Heeresdienst nicht unterbrochen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Etwas kühler, überwiegend bewölkt, mit weiteren, meist geringen, nur im Süden etwas stärkeren Niederschlägen, hauptsächlich Schneefällen, dazwischen zeitweise aufklarend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Eugen Damerow
Gartenstr. 63
am 6. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied der Klempner

Christian Maier
Adlershof, Bismarckstr. 31
am 7. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 10. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Adlershof aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
128/2 **Die Ortsverwaltung.**

Am 8. Januar, früh 2 Uhr entschlief sanft nach kurzem schwerem Leiden mein herzensguter Mann, mein lieber Schwiegersohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Buchdrucker

KARL MOHLE
im 58. Lebensjahre.

Mariendorfer Str. 16. **Martha Möhle**, geb. Lange, Witwe. **Familie Möhle**, Mariendorf. **Familie Lange**, Tempelhof-Berlin.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, Eisenacher Str., aus statt. [1725b

Nun ist Dein Mund so kühl und stumm!
Du starbst als Held, weißt Du warum?

Als Opfer dieses Weltkrieges starb am 28. Dezember 1916 an den Folgen seiner schweren Verwundung durch Granatschuß im Lazarett, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, mein lieber herzensguter, unvergeßlicher Mann, unser lieber Sohn und Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann

Georg Stürmer
Ritter des Eisernen Kreuzes,
im Alter von 27½ Jahren.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Anny Stürmer, geb. Hermann, als Frau, Neukölln, Weichselstr. 1.
Eduard Stürmer und Frau **Klara**, geb. **Bratzke**, als Eltern.

Gefallen! Welch schrecklich lautende Kunde, wie traf sie uns so schwer und grub uns ins Herz die tiefste Wunde, die nimmer vernarben wird mehr. Zu früh hat Dich der Tod ereilt, mein Lebensglück zerstört. Wenn auch die Zeit die Wunden heilt, vergessen, nein, ach nimmermehr. Im tiefsten Schmerz Deine liebe Frau. Einst glückliche Stunden sind mit Dir entschwunden! Ruhe sanft! Wenn Frieden ist, bring ich Dir Blumen! [32B

Am Sonntag, den 7. d. Mts., abends 9½ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, der Putzer

Albert Paetsch
im Alter von 64 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Pauline Paetsch
Wrangelstr. 129.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Prospektpfeifen aus Zinn von Orgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Zinnpfeifen, Schalleitern usw. von Orgeln und sonstigen Musikinstrumenten tritt am 10. Januar 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 10. Januar 1917.
4. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**

Erste Deutsche Ersatzmittel-Ausstellung
verbunden mit Lebensmittelmesse
Eine Kriegsschau deutschen Gewerbefleißes
AUSSTELLUNGS-HALLEN AM ZOO
Nachmittags 4—7 Uhr: **Konzert.**
Täglich 10 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet. Eintritt 50 Pf.

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 40 Pf.
Zu haben in allen Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstraße 3 32

Bücher und Zeitschriften jeder Art liefert die Buchhandl. Vorwärts. Bestellungen nimmt jede Filialexpedition sowie die Zeitungsträgerin entgegen.

In Freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Drehbänke, Revolverbänke, Bohrmaschinen, Fräsmaschinen, Shapings kaufen mit gegen sofortige Kasse, neu oder gebraucht. Ausführliche Angebote mit Angabe des Fabrikats, des event. Alters, der genauen Dimensionen, Gewicht, möglichst Abbildung, u. Preis an **Gebr. Levysohn**, Berlin W. 30, Rosenheimer Str. 32.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kgt. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitskutscher

Otto Hilgenfeld
am 5. d. M. im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Frühkutscher

Ferdinand Protz
am 5. d. M. im Alter von 66 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Otto Thedran
am 1. d. M. im Alter von 75 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

70/20 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenkellerarbeiter

Joseph Paschmann
(Brauerei Patzenhofer NW)
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf, Humboldtstraße, statt. 43/10

Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Jalousiearbeiter, unser Obmann

Adolf Piening
am 7. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Apostel-Kirchhofes, Schöneberg, Tempelhofer Weg, aus statt. 94/6

Die Jalousiearbeiter-Kommission.

Allen Freunden, Genossen und Verwandten die traurige Nachricht, daß plötzlich und unerwartet in der Nacht vom 7. zum 8. Januar um 1 Uhr mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, der Maler

Karl Hüart
Langenbeckstr. 4
an Gehirnschlag verschieden ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Frau Babette Hüart
†11 nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am Montag nachm. 4 Uhr mein lieber Mann, guter Vater und Schwiegervater, der Böttcher

Karl Knospe
im 55. Lebensjahre.

Die trauernde Gattin und Tochter.

Die Beerdigung findet Freitag, den 12. Januar, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 136R

Am 6. d. M. verschied nach kurzem Krankenlager unser Werkmeister, Herr

Ernst Riehn.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Der Inhaber und das Fabrikpersonal der Firma Rosenheim & Kaufmann.

Haemorrhoiden schwind. schnell u. schmerzl. durch **Myrobalanum**, sicher bewährtestes äusserl. Anwendung M. 2,50. Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.

Niedrige Preise!

Kostbarste Pelzmäntel, beste Felle, fescheste Formen, gediegenste Arbeit, Seal-Bisam, Seal-Electric mit breiten Pelzstreifen, Prachtstücke
1500,— 1100,— 900,— 600,—
Fantasie-Pelzmäntel-Modelle
450,— 325,— 220,— 135,—
Garnituren fesch
zu niedrigen Preisen!

Eleganteste Plüschmäntel, Mantelkleider, Sealplüsch, Seidenplüsch mit Pelz, Original-Modelle, das Fescheste, Flotteste sowie Einfachste, beste Qualitäten
450,— 300, 225,— 150,— 98,—
Entzücken in Gürtelformen in Seidenplüsch
75,— 65,— 52,—
Astrachan, Krimmer, Mohär Plüsch vorjährig,
zu niedrigen Preisen!

Flotte Kostüme und Mantelkleider!
Samt mit Pelz, Seide, Kammgarn, Tuch, Frühjahr 1917.
Fantasiestücke erster Meister, beste Qualitäten, Winter-Kostüme, Modelle 3 0,— 125,— 175,— 125,— 85,— 67,—
Entzückende Kostüme aus Ia Stoffen, vorjährige Modelle, auch aus Seide 55,— 49,— 42,— 35,— 29,—

Pracht-Ulster, mollige Stoffe (alte Qualitäten), Glockenformen, auch Mantelkleider mit Pelz, auch glatt, Velvet etc.
250,— 175,— 125,— 75,— 58,— 45,—
Vorjährige Ia Ulster, darunter Modelle
36,— 28,— 22,— 18,—

Gummimäntel, imprägnierte Seidenmäntel mit passender Regenkappe, herrliche Farbenstellungen, Glockenformen, Modelle
65,— 78,— 65,— 52,— 39,—
Entzückende Gummimäntel, Regenmäntel vorjährig
34,— 26,— 19,— 18,—

Schwarze Röcke Ia Modelle
35,— 25,— 15,—
Seiden-Kleider 100,— 75,— 50,—
Zurückgesetzte Kleider, Kostüme, darunter hübsche Sachen 25,—

Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung

Passendes für stärkste Figuren vorrätig.

I. Geschäft: Mohrenstr. 37a — Sonntags geöffnet 12—2 Uhr — II. Geschäft: Große Frankfurter Str. 115.

Westmann

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake — Engros: F. Ernst Borch, Elsasserstr. 21.

Alkoholfr. Getränke: **Franz Abraham** Bank Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Barlelstr. 8a. Fernsp. Kgst. 13700

Bade-Anstalten: **Central-Bad** Neukölln Anzengruberstr. 20. **Diana-Bad** Koppenstr. 93 sämtliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 8. **Passage-Bad** Kottbuser-Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien: **Oskar Hanke's Brotbäck.** 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow. Gegründet 1892. F. Kiesewetter, Schreibelnerstr. 18. G. Meier, Grünerweg 27.

Otto Wolff, Treptow, Kiefholzstr. 16. Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 85a

Bandagen, Gummiw.: R. Bauke, Stralauer Str. 56. R. Kraus, Kommandantenstr. 35. A. E. Lange, Brunnenstr. 168

Butter, Eier, Käse: **Wilhelm Göbel** 25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

Bierbrauerei., Bierhandlg.: **Brauerei Bötzow** empfiehlt **Qualitätsbiere** ersten Ranges.

C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.

Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg

Trinkt Wanninger Bier!

Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2061, 2062

Drogen und Farben: Werder-Drogerie, Fritz Seidewerst, 5a

Essigfabriken: **Timner-Essig** überall erhältlich!

Fleisch- u. Wurstw.: **W. Beck** Inh.: Herm. Gorbach Charlottenburg, Berlinerst. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik. Willy Gericke, Petersburgerstr. 31. Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26.

Herren- u. Knabengard.: **J. Baer** Badstr. 24, Ecke Prinzen-Allee. Laske & Slupecki, Schönh.-Allee 7. **Fabisch & Co.** Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr.

Kolonialwaren: Adam Schulz, Schliemannstr. 11.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.: Carl Jung, Stromstr. 21. Böhlmann, P., Müllerst. 46b, E. Seestr.

Mehlhandlungen: **Bethke, Georg,** Kaiser-straße 44. Neukölln, Kiesstr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 199, Friedelstr. 33. Treptow, Grätz-Straße 64.

Gaege, Otto Charlottenburg. **F. W. Sichter** Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

Nähmaschinen: **Bellmann, E.,** Gollnowstr. 26 Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Hüte, Mützen, Pelzwaren: **Vester, E.** Kottbuser-Damm 18/19

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.: Hermann Meyer, Schreibelerstr. 21.

Photogr. Apparate: **M. Albrecht** SO. Kottbuserstr. 2, auch Gelegenheitskf.

Weine, Liköre, Fruchtsäfte: **Hugo Boling** 60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg Semper idem

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103. Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Optiker, Mechaniker: Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148

Schreibwaren: O. Prochnow, Nkln. Hermannstr. 48

Uhren u. Goldwaren: Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49

Versicherungen: **„Deutschland" Berlin** Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3. Sterbekassenversicherg.

Spandau: Scheuerlein, Breitestr. 15, Fleisch-, Wurstw.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Müller, Tempelhof, Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68,